

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 284 SONNTAG, 27. November 1938

Aus dem Inhalt:

Der Konflikt mit dem Westen
Das neue Gottesgnadentum
Wirtschaft und Staat

Prix : Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 30, Rue des Écoles, Paris-5. Téléphone: Odéon 42-58

Widerstand im Volke

Himmler gesteht - Pogrom gegen die anständigen Menschen?

Alle Berichte aus Deutschland zeigen, dass der Vernichtungskampf des Systems gegen die Juden Entsetzen und Ablehnung in der Bevölkerung hervorgerufen hat. Man hat Hunderte von Nichtjuden verhaftet, weil sie laut ihre Missbilligung gegen den Pogrom geäußert haben. Es sind Fälle bekannt geworden, dass selbst SA- und SS-Leute sich gegen die Pogromisten gewandt haben. Angesichts der Massenablehnung ist die Gestapo unsicher geworden und hat um Weisungen ersucht für den Fall, dass aktive Nationalsozialisten sich gegen Pogrombanden wenden.

Die Berichte über die allgemeine Ablehnung werden bestätigt durch einen Wutausbruch des „Schwarzen Korps“ (Nr. 46) gegen die anständigen Menschen in Deutschland. Die Pogrombanden heulen auf gegen das „Pack“, das es wagt, den Pogrom zu missbilligen. Das „Schwarze Korps“ gesteht, wie allgemein die Ablehnung ist:

„Jeder von uns hatte in den letzten Tagen wohl mit einem solchen treuerzogenen Vertreter urchristlicher und beinahe schon vorderasiatischer Nächstenliebe mehr oder weniger gründlich gesprochen, weil sie in jedem Fleischerladen, an jedem Zeitungsstand und an jedem Kaffeestisch ungehört aufschlugen, wie weiland die frommen Missionare in der ungastlichen Wildnis Germaniens.“

Die Vertreter der urchristlichen Nächstenliebe müssen erfreulicherweise einen sehr erheblichen Prozentsatz des deutschen Volkes ausmachen, wenn sie so zahlreich aufgetreten sind. Man kann ruhig behaupten, dass mit solcher Allgemeinheit nur eine Mehrheit des Volkes in Erscheinung treten kann.

Das „Schwarze Korps“ gesteht ein weiteres. Mit dem ganzen Hass des antisemitischen Pogrompöbels gegen die anständigen Leute tobt es gegen die „geistige Oberschicht“. Wer ist gemeint? Einige Stichworte des „Schwarzen Korps“ lassen es erkennen:

„Die Wirtschaft — die Kultur . . . „geistige Oberschicht“ . . . Sie warnten uns eindringlich vor dem Appell an die Masseninstinkte“ . . . „Ihre wächsernen lächerlichen Hände verraten keine zapackende Arbeit“ . . . „Nehmt ihnen den bürgerlichen Habitus, die Titel und Würden, so wie welche haben, die Opportunitätsabzeichen und Ordensbändchen, die sie sich anstrecken, und setzt sie in ein stückiges Literatenkaffee. Dann steht vor uns das altvertraute und nur etwas verschüttelte Bild jenes wurzellosen Intellektuellen, den wir einmal mit dem treffendsten Namen Intellektbestie bedachten.“

Wer sind denn die Leute mit dem bürgerlichen Habitus, den Titeln und Würden, die keine Literaten sind und künstlich zu Intellektbestien gemacht werden sollen? Gegen wen wird die schwierige Faust des Gesindels mobil gemacht?

Es gibt nur eine Erklärung: alles, was in Deutschland zu den anständigen Menschen gehört und noch nicht auf das Niveau der Pogrombanden herabgesunken ist, muss vernehmlich seine Ablehnung gezeigt haben. Man muss vermuten: Industrielle, Professoren, Schriftsteller, höhere Beamte, Akademiker. So nur ist dieser Hassausbruch des Gesindels gegen die geistige Oberschicht zu erklären. Er enthüllt, dass die Politik Hitlers keineswegs allgemein in Deutschland gebilligt wird, und er droht deshalb mit einem Pogrom gegen alle anständigen Leute:

„Euch trennt von diesen abgestempelten Mördern und Behlern heute in Wahrheit nichts anderes als das Glück, dass ihr eine arische Grossmutter hattet, und dass wir gehalten sind, von ihr eure angebliche Zugehörigkeit zum deutschen Volke herzuleiten. Aber wir sind wohl imstande, auch die geistigen Rassemkmale eines Men-

schens zu beurteilen. Und wenn einer rassemässig auch kein Jude ist, so werden wir ihn doch wie einen Juden behandeln, wenn er uns die geistige Verkommenheit und Niedertracht dieser Verbrecherrasse offenbart.“

Wieviele Millionen „geistiger Juden“ gibt es also in Deutschland? Gilt die Parole: Wer nicht für den Pogrom und für die Gemeinheit des Verbrechergesindels ist, wird künftig als Jude angesehen? Oder wird gleichzeitig zu den „geistigen Juden“ gerechnet, wer mit der Politik der brutalen Gewalt nicht einverstanden ist? Denn das „Schwarze Korps“ verrät weiter:

„Und wo noch etwas an dieser wohlthuenden Missachtung gefehlt hat, da haben es die Tage und Wochen vor dem Einmarsch ins Sudetenland mehr als wettgemacht. In dieser Zeit des Einanderprüfens sind dem letzten anständigen Menschen die Augen aufgegangen über den völkischen Unwert eines grossmäuligen Bildungspacks, das in den entscheidenden Tagen nicht nur

die Hosen, sondern auch die Köpfe voll stinkenden Unrats hatte.“

Diese Art von Juden scheint also ganz besonders zahlreich gewesen zu sein, und nach allem, was man weiss, ist auch der Generalstab geistig verjudet gewesen und hat die Köpfe voll stinkenden Unrats gehabt. Kurzum: Wer nicht an den Verbrecherinstinkt des Gesindels appelliert, wer ein anständiger Mensch sein will, wer nicht allen politischen Verstand verloren hat, ist künftig in Gefahr, Objekt des nächsten Judenpogroms in Deutschland zu werden.

Die Geständnisse des „Schwarzen Korps“ sind wertvoll. Sie bestätigen, dass es im deutschen Volke inneren Widerstand gegen die Verbrechen des Systems gibt. Sie charakterisieren zugleich das System als die Herrschaft des Pogromgesindels über die anständigen Menschen.

Volk gegen Pogrom Ein schwedischer Gelehrter berichtet aus Berlin

Ein bekannter schwedischer Gelehrter, Universitätsprofessor Ake Holmbäck (Upsala) befand sich am 10. November in Berlin, — an dem Tage also, an dem die neuen bestialischen Ausschreitungen der Nazis gegen die deutschen Juden einsetzten. Er wurde Augenzeuge all der viehischen Untaten, die auf Goebbelsgeheiss vom braunen Mob begangen wurden und werden.

In der Stockholmer Tageszeitung „Dagens Nyheter“ hat Prof. Holmbäck nunmehr einen ausführlichen Bericht erstattet, in dem er lediglich das wiedergibt, was er selbst mit eigenen Augen und Ohren in Berlin sah und hörte. Wir wollen die tiefsten Grauen erregenden, eingehenden Schilderungen, die er von den organisierten „Wutausbrüchen“ nazistischen Lumpengesindels gibt, hier nicht im einzelnen aufzählen. Ueber diese jüngsten „Heldentaten“ des deutschen Gangster-Regimes ist man ja — auch im Ausland — bereits genau im Bilde. Prof. Holmbäck betont ausdrücklich, dass die in der Auslandspresse erschienenen Schilderungen keinerlei Uebertreibungen enthielten.

Was seiner Darstellung, diesem voll authentischen Tatsachenbericht eines prominenten ausländischen Augenzeugen jedoch ein ganz besonderes Gewicht verleiht, ist die darin immer wieder klar hervortretende Feststellung, dass die breiten Massen des deutschen Volkes mit der ganzen antijüdischen Barbarei nichts zu schaffen haben. Die Zerstörungen und Plünderungen wurden von herbeikommandierten Nazischaren vorgenommen. Die Massen der Bevölkerung nahmen an ihnen nicht teil, ja viele Menschen wagten es, ihren Abscheu offen kundzutun.

Hören wir, was der nordische Gelehrte hierüber mitzuteilen hat:

„In der Münzstrasse stand ich unter der grossen Menge von Zuschauern, von denen die meisten sich in einiger Entfernung von den angegriffenen Läden hielten. Die Zuschauer bildeten durchaus nicht ein wutentbranntes Menschengewoge, das mit den Zerstörern zu einer Einheit zusammenschmolzen wäre. Im Gegenteil: es wurden von seiten der Bevölkerung keinerlei Kundgebungen irgendwelcher Sympathie mit den Vernichtungstaten laut, dafür hörte man Aeusserungen, die darauf hindeuteten, dass die Volksmenge dem Treiben feindlich

gegenüberstand. Ich erinnere mich hier besonders einer Frau, die offen ihr Entsetzen darüber ausdrückte, dass 16 bis 17jährige Burschen an dem Vernichtungstreiben teilnahmen. Während der ganzen Zeit nahm der Strassenverkehr seinen normalen Lauf, die Verkehrspolizisten dirigierte die Autos, Andere Polizisten waren nicht zugegen, obwohl Berlins grosses Polizeipräsidium nur etwa 400 Meter entfernt liegt . . .

Ich ging in eine der Nebenstrassen. Ueberall dasselbe Bild: zertrümmerte Scheiben, zerstörte Läden. Als ich schliesslich merkte, dass ich mich im Strassengewirr verirrt hatte, zog ich meinen Reiseführer hervor, um mich zu orientieren. Sofort kam ein Arbeiter auf mich zu und fragte:

„Sind Sie fremd in Berlin?“

„Ja, ich bin Schwede.“

„Nun, und was sagen Sie als Unparteiischer zu alledem?“

„Was ich sage? Ich kann es nur für einen Ausbruch von Wahnsinn halten.“

„Ja, das sagen die meisten. Aber die Polizei lässt es geschehen. Die kleine Synagoge steht in Brand. So etwas wird nicht ungestraft bleiben. Amerika wird sicher Gegenmassnahmen treffen.“

Wir gingen ein Stück Weges zusammen und sprachen davon, welche eine Schande für Deutschland diese Geschehnisse seien.

Das war nicht das einzige Mal, dass ich von Menschen angesprochen wurde, denen es ein Bedürfnis war, einem Ausländer verstehen zu geben, dass sie nicht auf seiten der Antisemiten stehen.“

Nicht fragen!

Siegerstimmung herrscht im deutschen Volke nicht. Das bestätigen übereinstimmend alle ausländischen Berichterstatter, so sehr sie sich sonst in der Beurteilung der deutschen Situation widersprechen mögen. Das bestätigen auch die deutschen Zeitungen, teils zwischen den Zeilen, teils, indem sie den „ewig Unzufriedenen“ heftige Strafpredigten halten. Der „Völkische Beobachter“ vom 16. 11. z. B. beginnt ein scheinbar harmloses Feuilleton mit den Worten:

„Die erste Frage, die ein Athener an seine Mitbürger richtete, wenn man sich in der Frühe eines jeden Tages auf dem Markt, dem Treffpunkt der freien Bürger einer politischen Gemeinde, begegnete, lautete: „Was gibt es Neues?“

Diese Frage, so heisst es weiter, gab Zeugnis von der inneren Anteilnahme an den Geschehnissen des Vaterlandes, von dem Verantwortungsbewusstsein „einer auf Gedeih und Verderb verschworenen Volksgemeinschaft“. Der Leser, zufrieden endlich einmal eine beinahe unpolitische historische Betrachtung entdeckt zu haben, fährt ruhigen Gemütes in der Lektüre fort und erschrickt erst beim dritten Absatz:

„Auch wir stellen diese Frage täglich.“

Aber Hand aufs Herz! Gibt es nicht in uns, wenn wir wie die alten Athener nach den letzten Neuigkeiten fragen, auch einen Ton, der nicht mehr so ganz in jener ursprünglichen vaterländischen Reinheit erklingt . . .

Nun, es ist ja so menschlich, wenn unsere Stimme beim Fragen leise zittert oder wenn sie geschwellt wird vom Brustton überschwelliger Hoffnungen. Und doch, es ist ja schon ein leises, fast unmerkliches Abweichen von jener ersten und geschlossenen Geradlinigkeit der eigentlichen politischen Frage“. Und nun geht es los:

„Entartung jedoch liegt in der Fragestellung, wenn sie der berufsmässige „Meckerer“ an seinen Partner richtet. Der Unterton, der in den Worten: Na, was gibt es wohl Neues? zum Ausdruck kommt, schliesst gleichsam schon die Antwort ein, besonders wenn jene, alles Hoffen zermalmende Geste der Hand sie begleitet, die besagt: Es ist doch alles mies, was geschieht. Es lohnt nicht zu fragen, die Behörden machen doch alles falsch. Dieses Fragen ist schon weit weniger harmlos. Im Grunde offenbart sich im Meckerer kläglichste eigene Minderwertigkeit.“

Wer wird nach dieser Warnung noch zu forschen wagen: „Wie geht es?“ oder „Was gibt es Neues?“ Hat man seine Stimme, seine Gesichtsmuskeln, seine Handbewegungen immer so gut im Zaum, dass der Gesprächspartner nicht auf die Idee kommen kann, die Frage sei eine entartete Frage? Vielleicht tut man besser daran, gar nicht zu fragen, sondern als freier Bürger einer verschworenen Gemeinschaft frisch von der Leber weg zu erzählen, was man weiss. Aber das — sagt der „Völkische Beobachter“ — wäre „noch schlimmer“:

„Der Meckerer weiss zwar alles viel besser, aber der fragt doch noch, er will immerhin wissen. Völlige Entartung offenbart sich, wenn der Frager gar nicht mehr fragt, um etwas Neues zu erfahren,

Die Zwangslage des Systems

Der Konflikt mit dem Westen

sondern, wenn die Frage nur der Auftakt ist um sein eigenes „Wissen“ dem Gefragten zu verabreichen. „Wissen Sie schon?“ so lautet seine Frage, und der scheue Seitenblick, die Flüstersprache und die bezeichnende Bewegung der Hand, die sich wie eine Muschel an den Mund legt, zeigen, dass er ganz etwas anderes zum Gesprächsthema machen will als politisches Geschehen. Er ist der „Schnüffler“ oder „Enthüller“ von „Menschlichkeiten“. Sein niedriger Instinkt sucht und findet vielfach den Schmutz, und leider findet er oft nur zu willige Antwort. Von solchen Existenzen hat einmal Horaz gesagt: Der ist schwarz, Nimm dich vor dem in acht, Römer!

Der Frager ist entartet, der Antworter ist noch entarteter und der Nicht-Frager ist völlig entartet.

Noch eine gesprengte Kette

Unter der Überschrift „der Achtstundentag — kein Segen!“ berichtet die „Frankfurter Zeitung“ über eine Rede Leys am 1. November in Berlin:

„Dabei werde dann auch die Frage der Arbeitszeit neu überprüft werden. Die durchgehende achtstündige Arbeitszeit sei kein Segen für die Menschheit. Sie sei uns von Amerika im Versailler Vertrag aufgedrückt worden. Es sei die einzige Bedingung gewesen, die Amerika in diesem Vertrag gestellt habe. Notwendig sei vielmehr ein warmes Mittagessen und eine richtige Mittagspause. Wenn man ihn dagegen frage, wo bleibt die Freizeit, so müsse er darauf antworten: er sei ja selbst der Schöpfer der KdF-Organisation, aber er sei dagegen, dass man den Werktagen zum Feiertage mache. In den Werkpausen aber, da sei KdF am Platze mit Musikdarbietungen und sonstwie; überhaupt gebe es noch viel zu wenig Werkpausen. Mit allen diesen Massnahmen werde eine Produktionssteigerung möglich sein, die wir heute noch gar nicht abschätzen. Obgleich heute die Wirtschaft bereits hochbeschäftigt sei, könne die Produktion nochmals um hundert Prozent gesteigert werden. Das müsse auch sein, das Ausland misogönne uns unsere Fortschritte und es bestehe ja auch immer noch in Deutschland das Missverhältnis zwischen Bevölkerung und Raum. Deutschland sei aber erst dann frei, wenn es ein gesundes Verhältnis zwischen seiner Bevölkerungszahl und seinem Boden habe.“

Leys Behauptung ist unwahr. Der Achtstundentag war eine internationale sozialistische Forderung seit 1889 und ist durch die Verordnung der Volksbeauftragten vom 10. November 1918 in Deutschland verwirklicht worden. Amerika spielte dabei keine Rolle. Im Friedensvertrag ist der Achtstundentag nur im Kapitel, das vom internationalen Arbeiterschutz handelt, in einer nicht verpflichtenden Weise erwähnt. Trotzdem bleibt es für den Führer der nazistischen Sozialpolitik charakteristisch, dass in seiner Phantasie der Achtstundentag als eine Deutschland von seinen Feinden aufgelegte Kette erscheint.

Als Hitler und Ley die Gewerkschaftshäuser von SA besetzen liessen, schworen sie hundert Eide, dass den Arbeitern nichts von ihren Rechten genommen werden sollte. Heute ist das Dritte Reich Vorkämpfer der internationalen Sozialreaktion. Nebenbei erfährt man, dass trotz der Annexion Oesterreichs und des Sudetenlandes noch immer nicht genug Boden für das deutsche Volk vorhanden ist, und dass darum — selbstverständlich ohne jede Erhöhung der Löhne — die Produktion nochmals um hundert Prozent gesteigert werden muss. Es lässt sich gar nicht absehen, auf welche Parastufe der deutsche Arbeiter hinabsinken wird, wenn Deutschland noch grösser wird.

Löb Sonnemann hat Ruhe

Zur Tragödie des Judentums in Deutschland fehlt nicht das Satyrspiel. Bis vor kurzem hatte der Kopf der „Frankfurter Zeitung“ folgenden Text:

FRANKFURTER ZEITUNG
und Handelsblatt
begründet von Leopold Sonnemann

Fünf Jahre lang und länger waren alle Umbrüche und Gleichschaltungen wirkungslos an dem alten Zeitungskopf vorübergegangen. Jetzt aber liest man auf einmal:

FRANKFURTER ZEITUNG
und Handelsblatt

Kein Buchstabe erinnert mehr an die geschichtliche Tatsache, dass diese Zeitung unter der Leitung des alten Demokraten Leopold Sonnemann entstanden und in Weltruhm gelangt ist.

Selten hat man eine Entscheidung des Propagandaministeriums — um eine solche handelt es sich doch wohl — so uneingeschränkt billigen können wie diese. Denn jedesmal seit der Gleichschaltung, wenn eine Nummer der „Frankfurter Zeitung“ mit seinem Namen erschien, hat sich der alte Löb Sonnemann im Grabe umgedreht. Jetzt hat er endlich Ruhe.

Wir haben in unserem letzten Artikel den grossen Reichtum Südosteuropas an Agrarstoffen, Erzen und Petroleum geschildert und gezeigt, dass der grösste Teil des Bedarfs Deutschlands an Nahrungsmitteln und Kriegsrohstoffen aus diesem Gebiet gedeckt werden kann, wenn und sobald Deutschland die zur Erschliessung oder Produktionssteigerung nötigen Investitionen aufbringt. Gerade dabei ergeben sich jedoch ernste Hemmungen, die durch den jetzt erreichten Stand der deutschen Kriegswirtschaft bedingt sind.

Die deutschen Produktivkräfte sind voll angespannt. Das gilt sowohl für die materiellen wie für die menschlichen Produktionsfaktoren. Trotz aller „Planung“ ergeben sich in neuerer Zeit auch immer stärkere Reibungen. Die Lieferfristen für eine grosse Anzahl von Maschinen werden immer länger, der Ersatz für die verbrauchten Produktionsmittel wird schwieriger. Der Verschleiss der deutschen Produktionsanlagen ist schneller als die Wiederherstellung. Trotz des Ausbaus der Wasserstrassen und der intensiven Motorisierung reichen die Transportmittel nicht aus. Denn Stahl und Eisen stehen trotz der steigenden Erzeugung für das schon lange vorbereitete Neubauprogramm der deutschen Eisenbahn nicht zur Verfügung und die Maschinenfabriken haben nicht genug Arbeiter, um Waggons und Lokomotiven herzustellen. Der Verkehr ist seit 1929 um 10 Prozent gestiegen, aber die Bahn hat heute 80 000 Wagen weniger als damals. Die Kohlenversorgung, klagt das Kohlen Syndikat, stockt, die vom Kohlenhandel für den Hausbrandverbrauch im Winter aufgestapelten Mengen werden bereits zum Teil als Industriekohle verfeuert, und die Händler und Verkäufer können nicht mit Sicherheit auf ausreichende Neuversorgung rechnen. Die Kohlenausfuhr nach Holland, Ungarn und der Schweiz konnte nur dadurch durchgeführt werden, dass diese Staaten die notwendigen Waggons selbst bereitstellten, wodurch allerdings der deutsche Devisenerlös geschmälert wurde. Obwohl die Konsumgüterindustrien nach wie vor ihre Produktion kaum nennenswert erweitern können, die Investitionsgüterindustrien infolge des immer noch steigenden Ausmasses der Rüstungen dem Bedarf der deutschen Wirtschaft an Produktionsmitteln nicht nachkommen.

Ähnliche, vielleicht noch akutere Mängel zeigt der deutsche Arbeitsmarkt. Der Achtstundentag ist längst beseitigt. Neulich hat Herr Ley auch ganz offen erklärt, dass der Achtstundentag Deutschland nur durch den fluchwürdigen Versailler Vertrag aufgezwungen worden sei, in Wirklichkeit aber für die deutsche Wirtschaft in keiner Weise passe. In den Produktionsgüterzweigen herrscht längst der Zehnstundentag, noch verschärft durch Ueberstunden und ein Zweischichtensystem sorgt für intensivste Ausnutzung der Maschinen. Daneben ist die Frauenarbeit ausserordentlich vermehrt worden; bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von 20,8 Millionen beträgt die Zahl der beschäftigten Frauen 6,6 Millionen. Einzelhandwerker und Händler sind zum Aufgeben ihrer Selbständigkeit gezwungen und in die Industrie überführt worden. Die meist vierjährige Lehrzeit soll von nun an ganz allge-

mein um mindestens ein Jahr verkürzt werden. Eine neue Rationalisierung ist im Gange, um durch vermehrte Maschinenverwendung Arbeiter frei zu setzen, und in der Landwirtschaft soll die Traktorenverwendung innerhalb von vier Jahren auf das Dreifache gesteigert werden.

Aber alle diese Anstrengungen werden vollständig durch die gesteigerte Rüstungserzeugung absorbiert. Trotz aller Subventionen ist es nicht gelungen, den Export in entsprechender Weise zu steigern. Das ist aber für die Frage, die wir hier betrachten, schlechthin das Entscheidende. Deutschland hat seit Jahren den Handelsverkehr mit den Donau- und Balkanstaaten zu erweitern versucht. Es hat ungarischen und rumänischen Weizen, jugoslawisches und rumänisches Holz, griechischen, bulgarischen und türkischen Tabak zu Preisen, die zum Teil über dem Weltmarkt lagen, langfristig gekauft, aber es war oft nicht imstande, die Einfuhr in vollem Umfang durch Warenlieferungen zu kompensieren. So entstanden Guthaben dieser Länder auf den deutschen Verrechnungskonten, und die Regierungen waren gezwungen, die Einfuhr deutscher Waren auf Kosten Englands, Frankreichs, der Tschechoslowakei usw. zu begünstigen. Die Deutschen waren sich ihrer übermächtigen Position bewusst; nehmen sie doch, namentlich von der Agrar- ausfuhr dieser Staaten, die anderswo schwer einen Markt findet, weit über die Hälfte auf. Sie wollten diesen Staaten nicht die Waren liefern, die sie im Verkehr mit Ländern ohne Zwangswirtschaft gegen Devisen absetzen konnten. So mussten diese Staaten, um ihre eingefrorenen Guthaben zu liquidieren, oft Waren aufnehmen, für die sie geringen Bedarf hatten. So hat Jugoslawien merkwürdig grosse Mengen von Aspirin eingeführt, Rumänien hat viele Tausende von Schreibmaschinen gekauft und Griechenland Waggonladungen von Musikinstrumenten. In neuerer Zeit allerdings hat Deutschland auch andere Angebote gemacht. Es ist zu Waffenlieferungen bereit, und das erklärt sich daraus, dass es hofft, technisch überholte Modelle diesen Ländern liefern zu können und so Raum zu gewinnen für die Herstellung der modernsten Typen für eigenen Gebrauch.

Wir führen dies an, um auf Schwierigkeiten und Reibungen hinzuweisen, die sich schon jetzt bei dem Handelsverkehr zwischen Deutschland und dem Südosten ergeben haben. Aber die Schwierigkeiten sind bisher nie gross genug gewesen, um die ständige Ausdehnung dieses Verkehrs zu verhindern. Jetzt aber handelt es sich um etwas anderes. Es sollen jetzt nicht nur um einige Dutzend Millionen Reichsmark mehr Waren zur Ausfuhr in diese Gebiete erzeugt werden, um den Umfang der bisherigen Einfuhr nicht nur aufrechterhalten, sondern auch erweitern zu können, sondern es handelt sich jetzt um die Erzeugung von Produktionsmitteln im Werte von Milliarden Reichsmark, die den Erreichtum und die Rohstoffproduktion dieser Gebiete in möglichst kurzer Zeit erschliessen sollen. Wie die Angliederung Oesterreichs und Sudetendeutschlands zwar auf die Dauer eine Stärkung der deutschen Wirtschaftskraft bedeutet, aber zunächst Milliardeninvestitionen erforder-

tert, um diese Gebiete in die deutsche Wirtschaft einzugliedern und ihre Produktionsfähigkeit gemäss dem deutschen Gesamtbedarf zu entwickeln, ebenso stellt die wirkliche Ausnutzung des Südostraums ungewöhnliche hohe Ansprüche an die deutsche Wirtschaft, an eine weitere Steigerung ihrer Erzeugung. Diesen Ansprüchen kann nicht genügt werden, solange ein so übergrosser Teil der deutschen Produktivkräfte ausschliesslich für Artillerie, Tanks, Munition, Flugzeuge usw. verwandt werden muss. Solange nur die Butter mit den Kanonen konkurrierte, war die Lösung des Problems für die Diktatur einfach. Jetzt aber sollen Bohrtrüme für rumänisches Petroleum, Bergwerksanlagen für jugoslawisches Eisen, Maschinen für die Aufbereitung usw. geliefert werden. War die Aufrüstung bisher das Mittel, um sich die Herrschaft über den Donau- und Balkanraum zu erobern, so droht sie in ihrem bisherigen Ausmass zu einem Hindernis für deren Ausübung zu werden.

Das ist in Wirklichkeit das ökonomisch-politische Dilemma, in dem sich augenblicklich die deutsche Diktatur befindet. Sie will und muss ihre militärische Ueberlegenheit gegenüber den Westmächten aufrechterhalten und womöglich noch vergrössern. Sie muss aber andererseits, gerade um sich die Nahrungs- und Rüstungsfreiheit dauernd zu sichern, einen grösseren Teil ihrer schon aufs äusserste angespannten Produktivkräfte für die Herstellung von Investitionsgütern für diese Gebiete freimachen. Das kann nur geschehen, wenn die Weststaaten ihrerseits in eine Einschränkung ihrer Rüstungen einwilligen. Daher die ununterbrochene Kampagne der deutschen Presse gegen die englischen und französischen Aufrüstungspläne, eine Kampagne, die bisher ihren Zweck bei Herrn Chamberlain erreicht. Aber es hiesse die deutsche Politik vollständig verkennen, wenn man glaubte, die deutsche Diktatur würde es bei dem blossen Pressfeldzug bewenden lassen. Sie steuert vielmehr — und die eigentümliche ökonomische Situation zwingt sie dazu — darauf hin, die Frage radikal zu lösen. Die Erschliessung des neugewonnenen Raums, die Erreichung der weiteren im Osten verfolgten Pläne, hängt davon ab, dass die militärische Macht der Weststaaten endgültig und dauernd hinter der deutschen zurückbleibt. Das ist der wirkliche Konflikt, der in der nächsten aussenpolitischen Phase über Europa hereinbrechen wird.

Dr. Richard Kern

Sie wollen nicht dienen

Aus dem oberschlesischen Industriebezirk kommen in den letzten Tagen Meldungen, dass junge Leute, die zur Wehrmacht einberufen wurde, dieser Aufforderung nicht Folge leisten. Wie uns aus zuverlässiger Quelle aus Gleiwitz berichtet wird, haben sich nach Angaben des dortigen Wehrkommandos insgesamt 120 Personen bei ihrer Truppe nicht gestellt, von denen bisher nur 42 ermittelt konnte. Andere haben sich Verletzungen beigebracht, um der Einziehung zu entgehen. Aus dem Hindenburg Knappschaftslazarett wird uns berichtet, dass Anfang November die jungen Leute, die sich ihrem Truppenteil stellen wollten, massenweise im Lazarett erschienen und die verschiedenartigsten Leiden vorzeigten, um nicht einrücken zu müssen. Auch aus Gleiwitz werden uns ähnliche Nachrichten übermittelt.

Wirtschaftskonzentration in Staatshand

Der neue Imperialismus in der Praxis

Weder die von Göring betriebene Eisen-
antarkie noch die neuerworbenen Eisen-
quellen reichen aus, des deutschen Eisen-
mangels Herr zu werden, offenbar, weil
für die Ausnutzung der neuen Machtposi-
tion im Südosten mehr Eisen beansprucht
wird, als bisher erobert worden ist. Das
wird von Generalmajor von Hanneken, dem
Leiter der Abteilung Eisen im Reichswirt-
schaftsministerium, der einer der bedeut-
samsten Mitarbeiter Görings ist, am 29. Ok-
tober in der „Braunen Wirtschaftspost“
festgestellt. In seiner Darstellung gelangt er
zu folgendem Ergebnis:

„Es wäre falsch, vor der zukünftigen
Entwicklung deshalb die Augen zu ver-
schliessen, weil sie die verantwortlichen
Stellen mit Sorge erfüllt. Die ausgeführ-
ten Gedanken müssen vielmehr dazu die-
nen, zu erkennen, dass auf dem Gebiet
der Eisen- und Stahlwirtschaft ein Ab-
sinken des augenblicklichen Bedarfs bis
auf weiteres nicht zu erwarten ist. Der
deutschen Eisenwirtschaft bleiben für
die nächste und fernere Zukunft grosse
Aufgaben gestellt.“

1910 habe Deutschland mit einer Erzeu-
gung von 13 Millionen Tonnen Roheisen
und 18 Millionen Rohstahl 25 Prozent
der Weltzeugung besessen. 1937 sei mit
16 Millionen Tonnen Roheisen und 20 Mil-
lionen Tonnen Rohstahl der bisherige Re-
kord von 1929 überschritten worden. 1938
würde auch dieser Rekord mit einer Pro-
duktion von etwa 23 Millionen Tonnen
Rohstahl noch überboten. Sogar die Erzeu-
gung der USA, also die bis dahin grösste
der Welt, sei zeitweise noch von der deut-
schen überflügelt worden. Trotzdem re-
iche die Produktion zur Deckung des Be-
darfs nicht aus, weniger deshalb, weil die
verfügbaren Hochöfen und Stahlwerke ihre
Erzeugung nicht noch steigern könnten,
sondern vor allem deshalb, weil die be-
nötigten Rohstoffe nicht in genügender
Menge und Beschaffenheit vorhanden
seien. Zwar sei die heimische Erzförde-
rung durch die Reichswerke Hermann
Göring von 3 Millionen 1933 auf 12,5 Mil-
lionen 1938 gehoben worden, aber sie
reiche nur aus, um ein Viertel des deut-
schen Erzbedarfs zu decken, schon des-
halb, weil ein Siebentel bis ein Sechstel der
ausser Erzeugung allein für die Ausfuhr
benötigt werden, die „stets eine ausschlag-
gebende Rolle in unserer Rechnung spie-
len“ würde.

Die neu eroberten Gebiete erfordern
mehr Eisen, als sie dem Reich zuführen.
Der Eisenverbrauch in der Ostmark be-
trage erst 60 Kilo pro Jahr und Kopf der
Bevölkerung gegen 240 Kilo im Altreich.
Er werde mit der Hebung der Lebenshal-
tung steigen, und es würden schon jetzt
grosse Anforderungen von den Bedarfsträ-
gern der Ostmark gestellt. Das sudetenan-
sche Gebiet bringe zwar grosse Vorteile in
der Energie- und Kohlenversorgung, be-
deute aber für die eisenschaffende Indu-
strie einen weiteren Zuschussbereich.

Der Generalmajor verkündet daher, dass
die Kontingentierung der Walz- und Guss-
erzeugnisse und die staatliche Lenkung des
Eisenverbrauchs aufrechterhalten werden.

Die wirtschaftliche und politische Aus-
wertung der neuen Siege, die Unterwer-
fung des deutschen Machtgebiet stellt also das
deutsche Reich vor neue Schwierigkeiten.
Auf sie bereitet es sich jetzt bereits vor. Es
findet eine gewaltige Konzentration der
Eisenkräfte in der Hand des Reiches statt.

Man stellt dabei heute schon die Voll-
endung des Rhein-Main-Donau-Kanals in
Südosten erleichtert. Um diesen Vor-
teil auszunutzen, ist Linz als künftiger
Standort einer grossen Eisenindustrie aus-
gewählt worden, die nach der Fertigstellung
des Kanals von der Ruhr aus mit Kohle
versorgt werden kann. Ihre Erzversorgung
wird schon jetzt dadurch sichergestellt,
dass die in der Nähe befindlichen Eisen-
erzvorkommen von den Reichswerken
Hermann Göring erworben werden. Es
handelt sich um die sogenannten Dogger-
erze, die zum Teil dem Staate Bayern, zum
anderen Teil dem schwerindustriellen
Konzern des Herrn Flick gehören. Die
Erzvorkommen der Alpen Montan-Gesell-
schaft mit Beschlag belegt, die bisher unter
den Kontrolle der Vereinigten Stahlwerke
standen hatten. Der neue Reichstrust
Stahlzeugung immer mehr in die Sphäre
der Eisen- und Stahlverarbeitung über.

Man beachte man in den ersten Jahren des Drit-
ten Reiches eine Tendenz zur Privatisie-
rung von Staatsbesitz zur Stärkung der
grossen Privattrusts mit Staatsmitteln fest-
stellen, so ist heute die umgekehrte Ten-
denz zu konstatieren. Die totale Mobil-
isierung, die Konzentration der gesell-
schaftlichen Kräfte in der Hand des natio-

nalsozialistischen Staates, die die stärkste
Kraftquelle des neuen Imperialismus ist,
zwingt dazu, nicht nur die staatliche Ver-
fügungsgewalt über die Produktionsmittel,
sondern auch das Staatseigentum an Pro-
duktionsmitteln umso weiter auszudehnen,
je umfangreicher seine Machtziele werden.

In diesem Zusammenhang ist die Rede
bedeutend, die Brinkmann, Staatssekretär
im Reichswirtschaftsministerium, jüngst
vor Bankvertretern in Düsseldorf gehal-
ten hat und für wichtig genug ansieht, sie
in Sonderabdrucken verbreiten zu lassen.
Er beklagte darin, dass der nationalsozia-
listische Staat, weil die Unternehmerinitia-
tive versage, wider seinen Willen gezwun-
gen sei, die Staatswirtschaft auszudehnen
und die Dispositionsfreiheit des Unterneh-
mers durch das System der Ueber-
wachungsstellen und andere Regelungen in
Fesseln zu legen. So vollziehe sich ein
Ueberwachen der individuellen Initiative
durch Verwaltungstätigkeit, eine Ueber-
lastung der Wirtschaftsapparatur mit toten
Kosten, die Beeinträchtigung einer nach

dem Nominaleinkommen möglichen Lebens-
haltung durch steigende Abgaben und mo-
nopolisierte Preise. Die Staatseingriffe kä-
men darin zum Ausdruck, dass Steuern,
Zolleinnahmen und Sozialbeiträge 1925
22,2 und 1937 bereits 33,5 des Volkseinkom-
mens betragen haben, und dass sich 1937-
1938 ein Finanzbedarf des Staates in Höhe
von 50 Prozent des Volkseinkommens er-
geben würde. Zwei Drittel des Volksein-
kommens würde über die öffentliche Hand
geleitet und durch sie umgeschichtet. Er
ruft den Unternehmern zu:

„Vor allem aber halten Sie die Freiheit
der Wirtschaft hoch“. Was ist der Zweck
dieses Appells? Eine Umkehr zum Abbau
der Zwangswirtschaft und der Staatswirt-
schaft überhaupt? Das steht mit den Tat-
sachen in Widerspruch. Es handelt sich
vielmehr darum, das wachsende Missver-
hältnis an der Staatswirtschaft, an der
Ueberbürokratisierung von nationalsozia-
listischen Staat abzulenken, und zwar ge-
rade deshalb, weil die Staatswirtschaft aus-

Wohnungsbau und Menschenmangel

Das Loch in der Kriegswirtschaft

„Gesund und schön wahren“ so nannte
sich der „Reichsappell der Heimstätten-
wähler“ den die deutsche Arbeitsfront
jüngst einberufen hatte. Dort sprach Herr
Ley in grossen Tönen:

„Heute haben wir allein im alten Reich
einen Wohnungsbedarf von 1,5 Millionen.
Jedes Jahr kommen 300 000 dazu. Hätten
wir nur das Wohnungsproblem zu lösen
gehabt, als wir die Macht übernahmen,
das würde unser Hermann Göring aus
dem kleinen Finger geschüttelt haben.
Aber was für ein Erbe traten wir an!
Volk, Armee und Wirtschaft mussten erst
zusammengeschmiedet werden. Wir
mussten uns beim Wohnungsbau behelfen,
noch und noch. Stünden die anderen
Aufgaben nicht vor uns, so würden wir
mit dem Wohnungsproblem in einem
Jahr fertig werden.“

So spielerisch leicht, wie es Ley sagte, ist
das Wohnungsproblem auch vom Dritten
Reich nicht zu lösen. Es zeigt sich, dass
der Wohnungsmangel dem Regime wach-
sende Sorge bereitet, und dass es immer
schwieriger wird, Volk, Armee und Wirt-
schaft zusammenzuschmieden und zugleich
den Wohnungsmangel Herr zu werden.

In dem Jahre 1936 und 1937 waren je-
doch 300 000 Wohnungen gebaut worden. Das
bleibt erheblich hinter dem Jahre 1929,
dem besten Baujahr der Republik, zurück.
Wenn Ley in seiner Rede verkündet, dass
jährlich 300 000 neue Wohnungen hinzu-
kommen, so soll das offenbar heissen, dass
das bisherige Tempo des Wohnungsbaus
nicht beschleunigt, auch in Zukunft nicht
mehr gebaut werden soll als in den beiden
letzten Jahren. Aber die amtliche Sta-
tistik zeigt, dass nicht einmal dieses Pro-
gramm durchführbar ist, und dass die
Durchführung der amtlichen Baupläne in
diesem Jahre am Mangel an Menschen und
Material gescheitert ist. Nach „Wirtschaft
und Statistik“, 2. Oktober-Heft, gab es in
den ersten drei Vierteljahre bei den
Wohngebäuden:

	1937	1938
Bauerlaubnisse	35 257	33 061
Baubewilligungen	32 167	30 093
Bauvollendungen	35 103	24 395

Danach wurden also 1937 ungefähr so-
viel Wohnungen fertiggestellt, wie geplant
und begonnen worden waren. In diesem
Jahre sind 20 Prozent von den in Angriff
genommenen Bauten unvollendet geblieben,
also wegen Mangels an Menschen und Ma-
terial stillgelegt worden. Es waren in die-
sem Jahr um fast ein Drittel weniger
Wohnhäuser fertiggestellt worden als im
vorigen Jahr. Im vorigen Jahre hatten die
neuen Wohngebäude 104 744 Wohnungen
enthalten, in diesem Jahre sind nur 82 796
neue Wohnungen entstanden, also um 22
Prozent weniger. Die Zeitschrift „Wirt-
schafts-Ring“ (4. November 1938) schreibt
dazu:

„Alle diese Ziffern zeigen, dass Bau-
lust, Bauwille und Kapital zum Bauen an
sich vorhanden sind, dass aber die Ver-
zögerung, entstanden durch die Bevor-
zugung dringlicher Arbeiten und durch
die Inanspruchnahme von Arbeitskräften
für diese Zwecke, doch um sich im End-
ergebnis relativ stark auswirkt.“

Dem Wohnungsbau werden also die Ar-
beitskräfte entzogen, weil sie für militäri-
sche Zwecke gebraucht werden. Bei Bau-
ten für diesen dringlichsten Zweck wird
weder mit Banarbeitern noch mit Baustof-
fen gespart. Während Wohnungsbauten ein-

gestellt werden mussten und deshalb weit
weniger Wohnungen gebaut wurden als im
Jahr zuvor, ist der Bau von Gebäuden,
die nicht zum Wohnen bestimmt sind, sogar
gestiegen. 1937 waren 4 589 Nichtwohn-
gebäude errichtet worden, in diesem Jahre
4 997. Der Raum, den diese Gebäude ein-
nehmen, hatte betragen 1937 12,2, 1938 13,5
Millionen Kubikmeter.

Aber der Wohnungsbau ist im Dritten
Reich keine sozialpolitische, sondern eine
militärische Angelegenheit. Er soll dazu
helfen, die Arbeitskräfte dorthin zu dirigie-
ren wo sie militärisch am nötigsten sind,
und den Arbeitermangel durch intensive
Ausnutzung der Arbeitskraft weniger fühl-
bar zu machen. Die Arbeiter, die massen-
weise in die neuen Vierjahresplanwerke
verschickt werden, müssen dort Wohnun-
gen vorfinden. Soll der Arbeiter alles her-
geben, was seine Arbeitskraft leisten kann,
muss er eine einigermaßen gesunde Woh-
nung haben. Deshalb wird mit dem Hoch-
druck, den der Mangel an Bauarbeitern und
Baustoffen zulässt, neuerdings der Bau von
Arbeiterwohnungen betrieben, von der
Deutschen Arbeitsfront organisiert und
finanziert. Diese Arbeiterwohnungen sind
so knapp wie irgendmöglich bemessen. Es
sind die sogenannten Kleinstwohnungen
von 1 bis 3 Räumen einschliesslich Küche.
Der Anteil dieser Kleinstwohnungen am
Wohnungsbau überhaupt hatte 1937 49 Pro-
zent betragen und ist 1938 auf 57 Prozent
gestiegen. Es ist also gerade der dringendste
Wohnungsbedarf, der Bedarf nach billigen
Kleinstwohnungen, der unter den militäri-
schen Notwendigkeiten leiden muss. Der
Mangel an Menschen und ihre Beanspru-
chung für militärische Zwecke ist so ge-
waltig, dass eine militärische Dringlichkeit
hinter die andere zurückgestellt werden
muss.

Der Fall zeigt, dass es der Führer drin-
gend nötig hatte, es auf die Waffenprobe
nicht ankommen zu lassen. Nun wird er
versuchen, aus den „friedlich“ eroberten
Gebieten sein bewaffnetes Heer und seine
Wirtschaftsarmee aufzufüllen. Es fragt sich
nur, ob der Drang nach dem Osten nicht
noch mehr Menschen erfordert, als dorthin
gewonnen werden. G. A. F.

Der altmodische Jehova Und die unbestechlichen Neureichen

Der Nationalsozialismus befreit die Men-
schen vom Gelddenken, so kann man im
„Völkischen Beobachter“ (Nr. 312) lesen.
Liberalismus und Marxismus führten zur
materialistischen Versumpfung nicht nur
des Bourgeois, sondern auch des Arbeiters.
„Um dem Bourgeois möglichst viel Geld ab-
zuknöpfen, sind die Arbeiter selbst Bour-
geois geworden.“ Im Dritten Reich wie
in Italien hat sich das geändert, den Ar-
beitern wurde zum Bewusstsein gebracht:

„Ihr verkauft nicht Lebenszeit an einen
Unternehmer, sondern in eurer Arbeit
lebt ihr für eine grosse Idee... Der
Sinn, mit dem unsere neue Zeit erfüllt ist,
lehnt das gierige Gelddenken ab, und da-
mit erst wurde der Grund für die Gesun-
dung der neuen Volksgemeinschaft ge-
schaffen.“

Das schnöde „Gelddenken“ bringt jetzt
die Juden und Judengenossen der ganzen

gedehnt, nicht abgebaut werden soll. Für
das Kommende wird jetzt bereits die Ver-
antwortung den Unternehmern selbst zu-
geschoben, die den nationalsozialistischen
Staat angeblich gezwungen haben, ihre
Freiheit in Fesseln zu legen, weil sie nicht
den Gebrauch von der Freiheit gemacht
haben, zu der sie der nationalsozialistische
Staat hatte erlösen wollen. Aber ist es nicht
eine merkwürdige Freiheit, zu deren Ge-
brauch man ermahnt oder gar gezwungen
werden muss? Brinkmann droht daher
auch den Unternehmern, dass sie nach wie
vor unter staatliche Kontrolle gestellt blei-
ben werden. Sie sollten nicht vergessen,
dass ein starker Staat zu allen Zeiten ge-
neigt gewesen sei, die Grenzen zwischen
Privatwirtschaft und Staatswirtschaft im
Sinne erwerbswirtschaftlicher Betätigung
des Staates zu verschieben. Staatsbetrieb
würde bleiben, was einmal Staatsbetrieb
geworden ist. Es zeigt sich aber, dass so-
gar immer mehr Staatsbetrieb wird, was
bisher Privatbetrieb gewesen ist, dass also
die Staatswirtschaft die Tendenz hat,
zur Staatstotalität zu werden.

Die Rede Brinkmanns legt Zeugnis dafür
ab, dass mit der Grösse der wellpolitischen
Aufgaben, die der neue Imperialismus sich
stellt, die gesellschaftlichen Spannungen
wachsen, und dass es sehr die Frage ist, ob
Hitler imstande sein wird, zugleich mit
ihnen fertig zu werden und seine Macht-
ziele zu erreichen. G. A. F.

Welt zur Empörung, belehrt uns ein zwei-
ter Artikel des „Völkischen Beobachters“
(Nr. 317). Nicht die lumpigen Synagogen,
die in Flammen aufgingen, nicht die un-
menschliche Beraubung und Ausrottung
eines ganzen Volkes brachten die inter-
nationale Entrüstung zuwege, bewahre, ihr
werdet lachen:

„... wir glauben, die Seelen dieser
„Schmerzgebogenen“ trotz ihrer erheb-
lichen Dunkelheiten soweit kennen-
gelernt zu haben, dass wir ihre Klage-
lieder richtig zu deuten verstehen. Aller-
dings ging es diesmal um ihr „Allerhei-
ligstes“ — nämlich um ihr Geld! Und
über diesem Tabernakel thronet Jehova,
der zürnende jüdische Volksgott.“

Seid fröhlich, Kinder, wir schlagen die
Wehrlosen nicht nur nieder, wir verhöh-
nen auch, wie in den Zeiten Dschingis-
khan, ihren Gott. Dieser Jehova ist ein
gemeiner Geldgott, aber die Zeit seiner
Wunder ist vorbei:

„Und er kann auch kein Geld mehr
geben, um die Taten des Unmutes gegen
sein Volk ungeschehen zu machen. Er
kann die nicht bestechen, die unermüd-
lich über diesem Volke zu Gerichte
sitzen.“

Nein, er kann sie nicht bestechen, nicht
mehr bestechen. Das war höchstens damals
noch möglich, als Goebbels mit Manuskrip-
ten erfolglos bei jüdischen Theaterdirek-
toren und Verlegern hausieren ging, oder
um 1932-33 herum, als sich jüdische Staats-
bürger von Unannehmlichkeiten loskaufen
mussten. Heute brauchen sich die Gross-
köpfe nicht mehr schmirren zu lassen,
heute wird *offen geraubt*, heute „beschlag-
nahmt“ die braune Despotie das jüdische
Eigentum und „arisiert“ mit unbestech-
licher Energie.

Dieser Raub von Milliarden hat mit
schnödem Gelddenken nichts zu tun, das ge-
schieht alles nur aus pädagogischen Grün-
den. Und es kommt der Bande brauner
Staatsräte durchaus zu, dem Volke das Geld-
denken abzugewöhnen. Der Staatsrat
könnte ja für die jährliche Sitzung in der
Krolloper auch mehr Diäten nehmen als
lumpige 12 000 Mark, aber nein, er nimmt
nicht mehr, er „lehnt das gierige Geldden-
ken ab...“ Und die Zeiten sind vorbei, da
sich die Oberbenzen mit kapitalistischem
Mammon schmirren lassen mussten, sie
nehmen nur noch Autos, Villen, Schorfhei-
den, Bückeberge, Rittergüter. Jedem das
Seine. Vor einiger Zeit hat auch der SA-
Stabschef Lutze das Seine erhalten, näm-
lich das Rittergut Boewerden bei Rheine,
früher einmal seines kulturhistorischen
Wertes wegen der Besichtigung freigege-
ben. Der alte Edelsitz mit allem Komfort
der Neuzeit ausgestattet, wurde dem Stab-
schef geschenkt. Ebenso eine Flurberichti-
gung, mit der den benachbarten Bauern
grosse Stücke Landes zugunsten Lutzes weg-
genommen wurden. Vor dem Dritten Reich
war auch dieser Neureiche ein Habenicht-
se. Während das Volk dauernd aufgefordert
wird, in Jahrhunderten zu denken, denkt
die herrschende Klique in Rittergütern,
„arisiert“ und sitzt „unermüdlich über die-
sem Volke zu Gerichte...“

Wo Raub und „Schenkung“ herrschen,
gibts oben wirklich nicht mehr viel zu be-
stechen, und Jehova mit seinen strengen,
alttestamentarischen Auffassungen über
Eigentumsrecht, Gerechtigkeit und Sittlich-
keit muss da allerdings die Segel streichen.

Berichte aus Deutschland

Hüter und die Polen Bericht von der polnisch-deutschen Grenze

Die hitlerdeutsche Aktion gegen die Tschechoslowakei hat es Polen möglich gemacht, sich das Teschen-Gebiet einzuverleiben. Die Freundschaftsbeziehung zu Deutschland hat dadurch aber keineswegs in der polnischen Bevölkerung an Popularität gewonnen. Im Gegenteil. Man hegt allgemein die äusserst naheliegende Befürchtung, dass nach dem „Sudetensieg“ Hitler nun bald den Korridor und Danzig fordern wird. Es gibt in Polen sicher nicht viele Menschen, die die Beteuerung des „Führers“, dass er innerhalb Europas nun keine Territorialwünsche mehr habe, irgendwie ernst nimmt.

Die deutschen Nazis in Polen, die eine zeitlang auf Weisung Berlins eine gewisse Zurückhaltung übten, haben ihre nach Henleinmuster aufgelegte Tätigkeit wieder voll in Fahrt gebracht. Sie wintern Morgenluft. Welch besondere Auffassung die Hakenkreuzler von Hitlers vielberühmter Polenliebe haben, das geht unter anderem aus dem folgenden Bericht hervor, den uns ein an der polnisch-deutschen Grenze lebender Genosse sandte:

„In Kattowitz ist es zu Störungen des Gottesdienstes durch Nazi-Demonstranten gekommen. Gegen einen Geistlichen wurden während einer in polnischer Sprache gehaltenen Predigt Drohungen gerichtet: „Warte nur, bald kommt der Hitler! Der wird dir Deutsch beibringen!“... Da die polnischen Behörden gegen die Naziagitation immer noch recht energisch vorgehen, greifen die Nazis zu allerhand Mittelchen und Tricks, die sie sich übrigens meist nicht selbst ausgedacht, sondern zum Teil von den sozialistischen Illegalen aus dem Reich übernommen haben. So wurden z. B. in letzter Zeit in zahlreichen Orten gratis Bonbons verteilt, die aus einer pommerischen Fabrik stammten und auf der inneren Papier-Umhüllung die Aufschrift trugen: „Es kommt der Tag, an dem die von den Westmächten an Polen zuteilten Gebiete wieder deutsch sein werden!“

Ein polnischer Eisenbahner, der von Gdingen nach Danzig fuhr, wurde von Hitleristen angepöbelt. Sie machten sich über die Polen lustig und erklärten, dass der Führer demnächst Posen, Pommern und Danzig „heimholen“ werde. Als es daraufhin zu einem Wortwechsel kam, warfen die Nazis den Polen aus dem fahrenden Zug. Der Mann trug aus diesem „Gedankenaustausch“ mit den deutschen Bundesbrüdern lebensgefährliche Verletzungen davon.“

Die in Deutschland lebenden Polen haben ein Memorandum abgefasst, in welchem sie feststellen, dass sich seit dem Abschluss des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens die Lage der Polen im Reich nicht verbessert, sondern vielmehr ganz wesentlich verschlechtert habe. Gegen jeden Polen, der sich offen zu seiner Nationalität bekennt, polnische Zeitungen liest, seine Kinder in eine der wenigen Minderheitsschulen schickt, werden schärfste soziale Druckmittel angewandt. Man nimmt ihm den Arbeitsplatz, die Arbeitslosenunterstützung usw. Gottesdienst darf nur noch in deutscher Sprache abgehalten werden. In dem Memorandum wird schliesslich festgestellt, dass die Polen im Reich in vieler Hinsicht eine ähnliche Behandlung erfahren wie die Juden.

Wahrlich: die Freundschaft Berlin-Warschau entbehrt nicht eines gewissen Seltsamkeitsreizes! „Schickt man das Schaf zum Wolf, wird es gefressen“ — sagt ein altes polnisches Sprichwort . . .

Hitlerjugend streikt

Im Drahtwerk Deichsel-Hindenburg kam es am 15. Oktober bei den Jugendlichen zu einem offenen Streik. Etwa 60 Jugendliche forderten eine Lohnaufbesserung. Der Betriebsleiter verwies die Jugendlichen an die Direktion. Diese lehnte jede Lohnerhöhung ab, da sie dazu keine Genehmigung erhalten könne. Darauf legten die Jugendlichen die Arbeit nieder. Der Vertrauensrat konnte nichts ausrichten. Die Jugendlichen forderten ihre Entlassung, die Direktion lehnte die Entlassung ab und drohte mit der Gestapo, die auch nach einiger Zeit im Betriebe erschien. Nun erwies es sich, dass die „Widerspenstigen“ unter den Jugendlichen Angehörige der Hitlerjugend waren und sich auf den Führer beriefen, dass jede Arbeit auch einen entsprechenden Lohn bedinge. Die Jugendlichen liessen sich nicht kleinkriegen, sie forderten eine Erhöhung des Stundenlohnes. Die Direktion war dazu bereits bereit, nur der Vertrauensrat wehrte sich, da sonst der ganze Betrieb in Unordnung komme. Schliesslich wurde die Arbeitsfront mobil

Raubbau an der Reichsbahn

Bericht eines deutschen Eisenbahners

Es ist uns der folgende interessante Bericht eines deutschen Eisenbahners zugegangen:

„Die Verhältnisse bei der Deutschen Reichsbahn haben sich in vielen Dingen den Verhältnissen während des Krieges 1917 und 1918 genähert, sie sind zum Teil schon schlimmer. Anfang dieses Jahres hat die Reichsbahnverwaltung in der amtlichen Zeitschrift „Die Reichsbahn“, einen offiziellen Bericht über die technische Situation der Deutschen Reichsbahn gegeben. Diese Zeitschrift wurde daraufhin sofort beschlagnahmt, so dass nur ganz wenig Exemplare verbreitet worden sind. Hier wurde jedoch ein Einblick in die katastrophalen Verhältnisse der Reichsbahn gewährt.

Für den technischen Zerfall der Reichsbahn liegen für jeden Eingeweihten die Gründe auf der Hand. Entscheidend ist vor allem der ungeheure Rohstoffmangel, der seit langer Zeit die ordnungsgemässe Ergänzung des Wagenmaterials verhindert und besonders auch bei den notwendigen Reparaturen bemerkbar wird. Hinzu tritt, was sehr oft übersehen wird, die Ueberlastung der Bahn durch Gratisbeförderung zu Parteitagungen und anderen mobil-machungsähnlichen Veranstaltungen. Durch die Beförderung dieser oft viele 100 000 Menschen umfassenden Transporte, wird die Eisenbahn wochen- oder monatelang eines grossen Teils ihres Waggon- und Lokomotivmaterials beraubt, ohne dass es irgend einen wirtschaftlichen Nutzen bringt. Hinzu kommt die Unterbezahlung der Bahntransporte im Rahmen der „Kraft durch Freude“-Fahrten, die nicht nur keinen wirtschaftlichen Gewinn bringen, sondern sehr viel Material verschleissen.

gemacht, die einen Teil der Jugendlichen zur Arbeit bewog, weil die Frage generell geregelt werde. Aber einer der Jugendlichen, ein Führer der Hitlerjugend aus Biskupitz, forderte kategorisch seine Entlassung, er lasse sich im Betriebe nicht blamieren und wenn man ihn nicht entlassen werde, so werde er das schon erzwingen. Alles Zureden half nichts, als ihm die Direktion die Entlassung verweigerte, ergriff er einen Hammer und zerschlug die Verpackung einer Kabelleitung, die für die Wehrmacht bestimmt war und bereits auch von der Wehrmacht als transportfähig abgenommen war. Die Direktion rief jetzt die Wehrmacht an, es erschien die Gestapo und verhaftete den Jugendlichen und zwei seiner Mitarbeiter. Bis auf den heutigen Tag ist nicht bekannt, wo sich die Verhafteten befinden.

Nun kam der ganze Betrieb in Aufregung, denn jetzt nehmen die Forderungen nach Lohnerhöhung kein Ende und jeder droht, man werde es so machen, wie der Junge, der seine Entlassung erzwang. Am 26. Oktober erliess die Direktion der Deichselwerke einen Aufruf, in dem der Belegschaft mit Verhaftungen gedroht wird, wenn über die Vorgänge im Betriebe irgend etwas berichtet werde. Lohnforderungen könnten nicht berücksichtigt werden, denn das Werk sei ein militärischer Betrieb. Wer sich also den Anordnungen irgendwie widersetze, sei ein Staatsfeind. Verschiedene Vorgänge im Betriebe könnten nur das Werk staatsfeindlicher Elemente sein, die

Die eingelaufenen Informationen berichten übereinstimmend, dass das Lokomotiv- und Wagenmaterial bereits jetzt den Stand vom Winter 1917-18 erreicht hat. Seit ungefähr 8 Monaten ist der Kupfermangel so stark geworden, dass es nicht mehr möglich ist, untauglich gewordene Feuerboxen mit Kupferboxen zu ersetzen. Statt dessen benutzt man wieder wie 1918 eiserne, deren Nachteile bekannt sind. Durch die damit verbundenen Störungen werden die grossen Verspätungen hervorgerufen, die auch jetzt seit Monaten im deutschen Bahnverkehr üblich geworden sind. Im Laufe eines Jahres wird bei weitem mehr als die Hälfte aller Lokomotiven mit eisernen Feuerboxen fahren.

Auf fast allen deutschen Stationen kann man täglich folgendes Bild beobachten: Während die Wagen halten, kommt der Wagenmeister und kontrolliert den Zug. An den verschiedensten Wagen sieht man ihn seine roten Zettel anheften. Er bezeichnet damit schadhafte Bremsklötze. Es vergehen keine 24 Stunden und die roten Zettel sind von den Wagen entfernt und die Wagen wieder in Betrieb genommen. Nicht etwa, dass die Bremsklötze nun ersetzt worden! Der Aufsichtsbeamte der Betriebswerkstätten hat vielmehr die Wagen, trotz der vom Wagenmeister bescheinigten Betriebsuntauglichkeit, wieder in Verkehr gesetzt. Der Grund hierzu: Die Werkstätten verfügen trotz der Beschlagnahme der Eisen-gitter auf den Friedhöfen nicht über das nötige Eisen, um die Bremsklötze zu ersetzen.

Ein anderer Grund für den raschen Niedergang des technischen Apparates der

Reichsbahn, ist der Mangel an Maschinenöl. Ueber den Mangel und dessen Auswirkungen beim Material kann sich ein Aus-senstehender überhaupt keine genügende Vorstellung machen. Seit mehr als 10 Jahren sind die Lager der Lokomotiven nicht mehr vorschriftsmässig geölt. Selbstverständlich werden die Lager, unmittelbar mit der Fahrt der Lokomotiven zusammenhängen einigermassen unterhalten. Alle übrigen Lager, deren Schmierung nicht für den unmittelbaren Betrieb der Maschinen, dagegen aber für die dauernde Erhaltung von grosser Bedeutung sind, werden vernachlässigt. Während des Krieges wurde diese Unterlassung an den Lokomotiven erst im Sommer 1918 in der Regel. Selbstverständlich wird hierdurch die Lebensdauer der Maschine sehr stark begrenzt.

Einer der dunkelsten Punkte im Verkehr der Reichsbahn ist der immer fühlbarer werdende Mangel an Waggons. Es ist seit langem nicht mehr möglich, die Kohlenverladung angeforderten Waggons regelmässig zur Verfügung zu stellen. Durch treten erhebliche Verzögerungen in der Produktion ein. Was jedoch in diesem Zusammenhange das Wesentliche ist, ist die Tatsache, dass der absolute Mangel an Wagenmaterial dazu führt, die vorhandenen nicht nur bis zu ihrer Höchstbelastung, sondern weit darüber hinaus auszunutzen. Das bedeutet eine sehr starke Herabsetzung der Lebensdauer des vorhandenen Wagenmaterials. Andererseits ist die Produktion neuer Waggons praktisch eingestellt, was durch der Waggonmangel erhöht wird. Jeder kann selbst berechnen, was bei einer solchen Wirtschaft aus der Deutschen Reichsbahn werden soll.

vom Ausland aus gegen Deutschland agitieren.

Der Kreisleiter in Schutzhaft

Die Kreisleitung Beuthen SS der Arbeitsfront hat in der Presse mitgeteilt, dass der Kreisleiter Mutz in Urlaub gegangen sei. Wenige Tage darauf wurde auf einem Mannschaftsabend bekannt, dass Mutz grosse Geldsummen unterschlagen hat. Der schlechte Lebenswandel von Mutz ist bekannt. Er hat in bekannten Lokalen des Industriebezirks mit seinen Freunden Saufgelage abgehalten, wobei es zu Prügeleien und in Bohreck sogar zu Revolverschiesereien unter den „Freunden“ kam. Kreisleiter Ring hat auf dieses Treiben des Mutz wiederholt an Parteistellen hingewiesen, aber man hat gegen Mutz nicht eingegriffen, weil er eine besondere Nummer beim Oberpräsidenten und Gauleiter Dr. Wagner hat. Nach einer Saufszene im Café Hindenburg kam es wieder zu Prügeleien, und der Sturmbannführer der SA in Beuthen liess Mutz einfach verhaften und hält ihn bis auf heutigen Tag in seiner Wohnung in Schutzhaft. Mutz ist ausserdem in die Unter-schlagungsaffäre des Stadtrats Palaschinski verwickelt, der gegen 135 000 Mark Stadtheatergelder, Reisegelder nach Polen und Gelder der SS veruntreut hat. Man sagt in SS-Kreisen in Beuthen, dass Oberpräsident Dr. Wagner Mutz auf keinen Fall schutzlos lassen wird, während die Sturmführer von Oberschlesien seine Beseitigung

fordern. Es scheint um die Person Mutz zwischen der Gauleitung und der SA-Führung im Industriegebiet ein kleiner Machtkampf ausgetragen zu werden. Mutz befindet sich in seiner Wohnung, wo einige SA-Leute stets Wache stehen.

Die Agitation für die Kolonien

Die Besetzung des Sudetengebietes ist noch nicht beendet, als durch zahlreiche Plakate Deutschlands Recht auf Kolonien durch den Bund deutscher Osten und die Kolonialgesellschaft reklamiert wurde. Zweigstelle Ratibor der Kolonialgesellschaft wirbt wieder eifriger denn je um Mitglieder und es heisst, dass man Betriebsversammlungen vornehmen wird, ja dass man sich zu Meldungen zum Dienst in den Kolonien auffordert. In einer Führerversammlung der Kolonialgesellschaft in Gleiwitz wurde ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Kolonienfrage in den Vordergrund kommt. Weder von England, noch von Frankreich sei ein ernsthafter Widerstand zu erwarten. Die Verhältnisse in Frankreich seien völlig zerrütet und die Volkswirtschaft sei zerfallen. Um sich gegen die Bolschewisierung zu schützen, werde man Frankreich gern auf Teile des Gebiets in Afrika verzichten und dann werde man England klein beigeben müssen. Dass England in den nächsten Jahren eine Arbeiterregierung ans Ruder komme, sei wahrscheinlich. Aber selbst wenn dies käme, so würde man einen Krieg wagen, wenn sie Deutschland nicht die Kolonien wiedergeben werde. In dieser Versammlung wurde auch gesagt, dass der Führer darauf aufmerksam machen werde, dass mit Demokratien nicht verhandelt, und dass die Westmächte sich nun zu entschließen haben, ob sie eine Verständigung mit Deutschland wollen oder den Weltkrieg. Deutschland könne heute bei der Besetzung, die in allen Demokratien herrscht, alles haben, und das ohne Krieg.

Neue Posten

„Auf Anordnung des Reichsarztes Dr. Wagner ist die „Reichsarbeitsgemeinschaft Ernährung aus dem Wald“ gegründet worden, um den deutschen Wald als Quelle von Nahrungsmitteln und Heilmitteln besser auszunutzen.“

„Völkischer Beobachter“ Nr. 200
Judengesetze in Danzig. Gauleiter Frowitz hat erklärt, dass demnächst die deutschen Judengesetze auch in Danzig eingeführt werden. Der befohlene Pogrom ist auch in Danzig durchgeführt worden.

Ich bin ein Deutscher

Lied von deutschen Pogromen

Ich bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben,
sie waren schwarzrotgold, jetzt sind sie braun.
In meiner Seele brennen alle Narben,
die brauner Pöbel anderen gehaun.

Ich bin ein Deutscher, könnt ihr mir verzethen,
ich hab nicht teil an dem, was da geschah.
Mich brennt die Scham, ich möchte schreien, Schreien,
Mich schreckt im Schlafe all das, was ich sah.

Was wisst ihr denn in euren freien Ländern
von all der Schmach, die uns das Herz zerfrisst.
Wir stehen machtlos vor den Menschheitsschändern
und sehen zu. Ihr wisst nicht, wie das ist.

Ich bin ein Deutscher, kennt ihr meine Schande...
Ihr lächelt milde, macht mir taktvoll Mut
und sagt, ihr zählt mich nicht mit zu der Bande.
Schon gut, Ich danke sehr, Schon gut, schon gut.

Vom Deutschland, das werden soll

Ein Briefwechsel zwischen Wilhelm Sollmann und Friedrich Stampfer

Lieber Genosse Stampfer,

Ich bin nicht Ihrer Meinung, dass wir ein neues sozialdemokratisches Programm brauchen. Es wird nichts besser und nichts klarer, wenn wir den drei sozialdemokratischen Programmen, die wir in anderthalb Jahrzehnten produziert, noch ein viertes folgen lassen. Die verschiedenen Aktionsprogramme bleiben bei meiner Zählung unserer Betracht.

Was wir brauchen, ist eine Gruppe von vernünftigen Menschen, die nicht neue programmatrische Mauern aufrichtet, sondern unter der Preisgabe kleinlicher Parteikonkurrenz durch Rede und Gegenrede sich über unsere zukünftige Arbeit Rechenschaft zu geben versucht. Wenn das nicht oder noch nicht möglich sein sollte, helfen Programme auch nichts.

Hinter dem Gerede von Konzentration oder Einheitsfront oder sonstigen Frontbildungen ist meistens mehr Verlegenheit oder Unklarheit als Erkenntnis und Tatkraft. Wer Gruppen zusammenführt, die nicht zu einander gehören, stärkt die Bewegung nicht, sondern schwächt sie. Wer Menschen zusammenspannt, die nach ihrem ganzen Wesen, ihrer politischen Auffassung und politischen Moral gegensätzlich sein müssen, vergiftet das Organisationsleben und zerreibt die Kräfte in endlosen und fruchtlosen Diskussionen.

Sie schreiben in Ihrem Aufsatz: „Nichts gegen die Republik von Weimar. Sie war die lichteste Stelle im bisherigen Verlauf der deutschen Geschichte“. Schon an diesem einen Satze muss jeder weitreichende Einigungsversuch scheitern. Was Ihnen und mir heilig ist, eben „Weimar“, ist anderen, auch Sozialdemokraten, im besten Falle eine Fülle von Irrtümern, von Schwäche, von Illusionen, von persönlicher Unzulänglichkeit. Diese tiefe Grenzlinie innerhalb der Sozialdemokratie hat schon in der Weimarer Periode manche unserer Aktionen gelähmt und unserer Propaganda die überaus große Schwungkraft genommen. Es gab damals zu viele Parteigenossen, die Partei und Demokratie und Republik und die bedrohte schwächere Nation mit halbem Herzen und schlechtem Gewissen verteidigten, weil sie nicht glauben, im Widerspruch mit ihren proletarisch-sozialistischen und internationalen Idealen zu handeln. Ich urteile nicht. Ich stelle nur fest.

Was wäre denn gewonnen, wenn solche Gegensätze weiter sich innerhalb einer Partei befähden? Ich sehe keinen Nutzen darin. Die Diskussionen müssten jetzt nur noch bitterer und unversöhnlicher werden, denn fünf Jahre Emigration sind nur für sehr wenige eine Stählung ihrer Nervenkraft und ihrer Fähigkeit zur parteigenösslichen Toleranz geworden. Stellen Sie sich einmal Ihre „humanitären, freiheitlichen, demokratischen und sozialistischen Prinzipien“ offen und freimütig zur Diskussion, und Sie werden die ganze Verwirrung der Begriffe erleben. Nicht nur mir, sondern sicher auch Ihnen sind zahlreiche Sozialisten, selbst Sozialdemokraten, begreifbar, deren Kritik sich in dem Bedauern erschöpft, dass wir nicht Hitler-Mussolini oder Stalinische Gewaltmethoden in der Republik von Weimar angewandt hätten, selbstverständlich nur gegen andere und unsere sozialdemokratische Idee für die Zukunft preisgegeben hätten, wird von diesen Kritikern nicht begriffen; ihre Kritik ist in Ehren, aber dass sie nicht politische Freunde, sondern politische Gegner sind, ist nicht gut hinwegzukonzentrieren. Ausreden zur Verständigung mögen sehr empfehlenswert sein, aber ich sehe einsehen nicht die Grundlagen einer Konzentration.

Sie sprechen in wenigen Sätzen von der künftigen Verfassung des Reichs, die, wenn ich Ihre Andeutungen recht verstehe, so etwas wie eine autoritäre Demokratie sein soll, jedenfalls eine Demokratie mit einer Regierung stärkerer Autorität als früher, und das sehr bekannte Gedankengänge, da Sie sie je und je in der Partei und in der Republik verfochten habe. Bevor ich einer solchen Regierung zustimme, müsste ich erst sehen genau erforschen, was sich die verschiedenen Gruppen unter Demokratie eigentlich vorstellen.

Denn komme ich zum Entscheidenden. Es ist irreführend immer wieder die alten gebräuchlichen Klischeeworte Klassenkampf, Sozialismus, Proletariat, Demokratie wie Fetsche herzubehfen. In hundertjähriger Propaganda sind sie abgenutzt. Jede Diskussion hat damit zu beginnen, dass man sich abgewöhnt, jene Worte im Sinne ihrer Bedeutung von 1848, 1890 oder 1918 zu gebrauchen, sondern anfängt, über den Inhalt nachzudenken, den sie im Jahre 1938 haben müssen. Nehmen Sie doch nur das Wort „Klasse.“ Seit vielen Jahren habe

ich nur sehr selten von Arbeiter„klasse“ gesprochen (das Wort Proletariat, diese Anleihe aus dem Lateinischen der altrömischen Gesellschaft habe ich immer für abscheulich und für das Gegenteil von werbend gehalten). Sie selbst haben in Ihrem ausgezeichneten Buche „Grundbegriffe der Politik“ eine Formulierung dessen versucht, was man sich unter Klasse vorzustellen hat. Es ist die einzige unklare Stelle in dem ganzen Buche. Das haben Sie vor 30 Jahren geschrieben. Versuchen Sie es von neuem, und Sie werden nicht klarer werden. In unserer komplizierten modernen Gesellschaft einigermaßen klare Grenzlinien zwischen „Klassen“ zu ziehen, ist soziologisch beinahe und politisch ganz unmöglich. Es führt geistig zur Konfusion und moralisch zur Heuchelei.

Natürlich gibt es solidarische Interessen der verschiedenen Arbeitergruppen, wie es solidarische Interessen anderer Volksgruppen gibt. Selbstverständlich müssen Gewerkschaften die Arbeiter zur Solidarität erziehen und zum Kampfe und Opfer für diese Solidarität. Aber nicht einmal Gewerkschaften können sich auf reine Arbeiterinteressen oder Klasseninteressen beschränken. Je mehr sie an wirtschaftlicher und geistiger Bedeutung wachsen umso mehr fühlen sie sich für die Gesamtwirtschaft, für die nationale Gemeinschaft und das Staatsgefüge mitverantwortlich. Die historischen Beweise dafür sind seit dem August 1914 hunderteitig. Muss man das jetzt noch diskutieren? In ganz Europa schwenken die Gewerkschaften in die nationale Einheitsfront gegen die faschistische Diktaturen ein zur Verteidigung dessen, was ehemals kapitalistische Demokratie oder Regierungsausschuss der herrschenden Klassen genannt wurde. Fern in grauer Vorzeit schwimmt das kommunistische Manifest, das lehrte, dass der Arbeiter nichts zu verlieren hat als seine Ketten und kein Vaterland verteidigen könne, das er nicht besitze. Sie mögen es für Frevel halten; aber nach meiner Meinung hat dieser Satz der jungen Marx und Engels dem internationalen Sozialismus und noch mehr der Demokratie unendlichen Schaden zugefügt. Er war eine der Zersetzungswaffen in der Weimarer Republik. Wünschen Sie, dass das kommunistische Manifest die Grundlage der Konzentration wird? Dass einige Gruppen es wollen, ist mir genau bekannt.

Wir können dieser grundlegenden Diskussion nicht ausweichen, ich für meine Person will es auch gar nicht. Für mich ist der Klassensozialismus und die Klassenpolitik der Arbeiter gescheitert, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt. In keinem der noch einigermaßen demokratischen Länder treiben die Sozialdemokraten Klassenpolitik (wobei Sie mir mit Recht entgegen halten können, ich sei mir über den Begriff „Klasse“ nicht klar. Aber sind es andere?) Was ich in Frankreich, England, Holland, Belgien, Skandinavien und der Schweiz sehe, ist gute, nationale, reformistische Volkspolitik. Es ist übrigens in keinem Lande etwas anderes möglich, solange die volle demokratische Bewegungsfreiheit der Arbeiterbewegung gesichert ist. Weder Jaurès noch Blum, weder Hender-

son noch Macdonald sind jemals Klassenpolitiker in der deutschen engen Begrenzung gewesen, weil die demokratischen Traditionen und Freiheiten ihrer Länder dogmatische Erstarrung wie im kaiserlichen Deutschland unmöglich machten.

Ich gehe weiter und wage die Behauptung: Jede politische Klassenpartei muss früher oder später zu einer Gefahr für die Demokratie werden, wenn sie ihre Klassenpolitik folgerichtig durchzusetzen versucht. Es ist unrichtig, dass es sich, wie Sie in Ihrem Artikel behaupten, bei der Diskussion über Diktatur und Demokratie grössenteils um überflüssiges Gerede handelt.

Nein, es handelt sich um eines der politischen Grundprobleme unserer Zeit. Eine der theoretischen und politischen Schwächen der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratien war, dass sie unter dem Einfluss marxistischer Doktrinen nie zu einer ganz einmütigen und eindeutigen Stellungnahme zwischen Demokratie und Diktatur kommen konnten. Die unmarxistischen Sozialdemokratien in England und in Frankreich sind von dieser Schwäche frei. Dass Marx mit der revolutionären Diktatur des Proletariats rechnete, ist nicht gut zu bestreiten. Ueber das, was er darunter verstehen wollte, lassen sich allerdings widerstreitende Bücher schreiben. Die jahrzehntelange marxistische Erziehung eines grossen Teils unseres Funktionskörpers hatte ihn allzu kritisch gemacht gegen die „bürgerliche Demokratie“, und die kommunistische Agitation hat gerade an dieser schwachen Stelle stets mit Erfolg eingesetzt. Bis zuletzt waren viele von uns schwankend, und sie sind es noch.

Marx war konsequenter als viele seiner Epigonen: Klassenpolitik muss zuletzt die Klassendiktatur erstreben. Das wissen natürlich auch die Klassengegner, sogar die gemeinhin in ihrer politischen Intelligenz sehr unterschätzten Bauern und Mittelständler, und wenn sie die Wahl haben zwischen einer angeblich drohenden (und von vielen angekündigten) „Diktatur des Proletariats“ oder faschistischen Diktatur, an der sie beteiligt zu sein hoffen, ziehen sie die letztere vor.

Sie und viele andere werden einwenden, die Sozialdemokratie sei immer Klassenpartei gewesen. Ja und nein! Programm und Agitation, Theorie und Praxis kamen gar oft ins Gedränge. Gerade eine Figur wie Bebel wies gar oft in seinen Reden diese Widersprüche auf. In ihren ganz grossen Augenblicken erhob sich die Sozialdemokratie immer von der Klassenpartei zur Volkspartei: im Kampfe gegen Bismarcks ungeistige Gewaltpolitik, gegen die Kulturmuckerei, gegen Junkerpreussen, gegen das persönliche Regiment, gegen den Imperialismus, für den Verständigungsfrieden, für die Reichseinheit beim Zusammenbruch, für die demokratische Reichsverfassung, für die Rettung der von Frankreich und Polen bedrohten Provinzen, für die deutsche Befreiungspolitik gegen Reparations- und Besatzungsdiktatur! (Besatzungsfaschismus würden das wohl heutzutage dieselben Freunde nennen, die uns rheinischen Sozialdemokraten damals „Nationalismus“ nachsagten, weil unser Freiheitsgefühl

sich gegen die fremden Generale ebenso auflehnte wie gegen eine deutsche Generalsdiktatur.)

Selbstverständlich bin ich mit Ihnen der Auffassung, dass das kommende Deutschland sozialistisch sein wird, aber was man sich darunter vorzustellen hat, insbesondere welche Rolle und welche Machtbefugnis der Staat zu erfüllen hat, und wie man die Freiheit des Menschen schützt und garantiert gegen die Willkür einer zentralisierten Wirtschaft ist sehr der Klärung bedürftig. Hier taucht übrigens das Ständeproblem auf, die Frage eines ständisch gegliederten Sozialismus mit autonomen Wirtschaftsorganisationen, die nach der Meinung mancher ein Gegenwicht gegen die Staatsallmacht bilden könnten. Ich habe immer bedauert, dass wir uns nie gründlicher mit der Ständeidee auseinandergesetzt haben, nicht weil ich zu ihr bekehrt wäre, sondern weil hier für viele wichtige und denkende Menschen, zumal im Katholizismus, ein ernstes Problem vorliegt. Es gehört zu den vielen mir unbegreiflichen Oberflächlichkeiten des opportunistischen Kommunismus, das er sich mit Katholiken glaubt zu einer Volksfront verbinden zu können, ohne die ökonomisch-soziale Grundfrage der päpstlichen Enzykliken auch nur zu berühren. Es wird sich immer als unklug erweisen, Dokumente einer zweitausend Jahre alten weltweiten Organisation so zu behandeln als wären sie eine unbeachtliche Gelegenheitsarbeit.

Ich will schliessen. Natürlich wäre noch viel mehr zu sagen: über die Nation, über die Staatswaffe, über Erziehung, Ethik und Religion, über das ganze dunkle Problem, wie wir das deutsche Volk für die soziale Demokratie erwecken. Da sieht es in der Emigration noch tröstlos aus. Noch lese ich Artikel, die von „den“ Arbeitern oder von „den“ Betrieben sprechen wie von einem Evangelium, das das kommende Reich als sicher ankündigt, aber eben nur aus „den“ Betrieben und aus dem mystischen Revolutionsdrang „der“ Arbeiter. Aeussert man Bedenken, so hat man keinen Glauben an „die“ Arbeiter. Machmal frage ich mich, ob ich der einzige bin, der durch drei Jahrzehnte allerlei Erfahrungen machte mit indifferenten, unzuverlässigen, un-solidarischen Arbeitern, die der Minderheit von sozialistischen Arbeitern es unendlich schwer machten, in Angriff und Verteidigung die Arbeiter zu vollberechtigten Staats- und Wirtschaftsbürgern zu machen.

Manche mögen glauben, dass meine „Abweichungen“ sehr weit gehen. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich fühle mich mehr als Sozialdemokrat denn je, weiss aber auch mehr denn je, was mich zur Sozialdemokratie geführt hat, was mich bei ihr ausharren liess und was mich ihr die Treue halten lassen wird, bis zum Ende: nicht die materialistische Geschichtsauffassung, nicht der Klassenkampf, nicht die Diktatur des Proletariats, sondern das verletzte Gerechtigkeitsgefühl, die Liebe zur Freiheit, die Achtung vor der menschlichen Würde, der Glaube, dass trotz allem die Entwicklung der Gesellschaft und die Vernunft der Menschen zu einer Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern, von „Genossen“, führen wird. Wilhelm Sollmann.

Lieber Genosse Sollmann,

in Ihrem Briefe an mich, den die „Neue Volkszeitung“ am 8. Oktober abgedruckt hat, ist ein Missverständnis enthalten, das ich gleich auflären möchte. Sie sagen, gegen mich polemisiert, dass wir nicht ein neues Programm brauchen, sondern „eine Gruppe von vernünftigen Menschen, die nicht neue programmatrische Mauern aufrichten, sondern unter Preisgabe kleinlicher Parteikonkurrenz durch Rede und Gegenrede sich über unsere zukünftige Arbeit Rechenschaft zu geben versuchen“. Gerade das, was Sie meiner Forderung gewissermassen als Gegenforderung entgegenstellen, will ich auch. Es kommt mir gar nicht darauf an, den verschiedenen Programmen, die wir schon gehabt haben, ein weiteres hinzuzufügen, sondern ich suche Menschen, die die Kraft haben, sich vom Alten loszureissen und ihren Blick den grossen Aufgaben der Zukunft zuzuwenden. Aus ihrer Arbeit soll eine Summe gemeinsamer Erkenntnisse und Forderungen hervorgehen, die man dann meinetwegen auch anders als „Programm“ nennen mag, wenn man einen anderen Namen dafür hat.

In diesem Punkte besteht also zwischen uns keineswegs eine Meinungsverschiedenheit, sondern volle Uebereinstimmung. Sie besteht auch in einem anderen sehr wichtigen Punkte. Ich bin ganz Ihrer Meinung, dass Gerechtigkeitsgefühl, Freiheitsliebe, Achtung vor der Würde des Menschen die Triebfedern sozialdemokratischer Politik in

der Vergangenheit waren und es auch in der Zukunft sein müssen.

Dass ich nie ein orthodoxer Marxist gewesen bin, wissen Sie. Es sind bald vierzig Jahre her, seit ich als junger Redakteur wegen Meinungsverschiedenheiten mit Franz Mehring und Rosa Luxemburg aus der „Leipziger Volkszeitung“ ausschied. Vor dreissig Jahren stand ich im Streit zwischen den „historisch-ökonomischen“ Marxisten Franz Mehring und Karl Kautsky mit dem „ethisch-ästhetischen“ Neukantianer Kurt Eisner auf Seiten Eisners. In jener Zeit habe ich auch meine „Grundbegriffe der Politik“ geschrieben, die Sie gewiss nicht loben würden, wenn sie ein orthodox-marxistisches Buch wären.

Seit jener Zeit haben sich aber sehr wichtige Ereignisse zugegetragen, bei denen der Marxismus eine grosse Rolle gespielt hat.

Zunächst hat sich der Marxismus mehrfach gespalten. Denken Sie nur an den Kampf zwischen Lenin-Trotsky und Kautsky! Lesen Sie die seitdem erschienenen Schriften des nun leider verstorbenen Altmeisters des deutschen Marxismus — Sie werden darin kaum einen Satz über diese entscheidenden Fragen unserer Zeit finden, mit dem wir beide nicht übereinstimmen!

Und noch etwas anderes hat sich geändert. In unserer Jugend war Marxismus eine wissenschaftliche Lehre, die von einem engen Kreise sozialistischer Gelehrter ge-

pfligt wurde. Heute ist Marxismus ein Sammelname für alles das, was den neuen Barbaren zuwider ist. Ueber Marx und den Marxismus ist eine Schlammlut von Ignoranz und gemeiner Gesinnung hereingebrochen, die alles besudelt, was mit ihnen auch nur im entferntesten Zusammenhang steht. Für die Lohnschreiber Hitlers und die Bullen der Gestapo sind wir beide ganz einfach „marxistische Staatsfeinde“. Ob wir im Sinne der wissenschaftlichen Theorie Marxisten sind oder nicht, ist dabei ganz gleichgültig.

Sie nennen in Ihrem Briefe an mich die sozialistischen Parteien in Frankreich und England unmarxistisch. Für die Nazi-presse sind aber Atlee und Blum genau ebenso „Marxisten“ wie Stalin und Litwinov.

Nun könnte man sich freilich auf den Standpunkt stellen: „Was gehen uns Hitler und die Gestapo an? Wir führen unsere alten Richtungskämpfe weiter als ob nichts gewesen wäre.“ Aber einen solchen Standpunkt einzunehmen, das, mein lieber Sollmann, entspräche Ihrem ganzen Wesen nicht und wäre Ihrer nicht würdig!

Ja doch, Sie und ich, wir haben es dreissig Jahre lang gesagt: Die marxistische Lehre hat Fehler, die uns geschadet haben, und diese Fehler sind von orthodoxen Marxisten noch vergrößert worden. Nichtsdestoweniger war die Entdeckung der Zusammenhänge zwischen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und ihrem gei-

stigen Inhalt eine grosse wissenschaftliche Erkenntnis, und die Erweckung der Arbeiter — mag man sie nun „Klasse“, „Proletariat“ nennen oder nicht — zum Bewusstsein ihrer Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft war eine grosse geschichtliche Tat. Die Rolle, die der Marxismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung gespielt hat, war keineswegs nur negativ, sondern im hohen Grade positiv, fördernd, schöpferisch. Sie war — das werden Sie mir zugestehen müssen, auch wenn Sie das andere bestreiten — in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie so gross, dass wir sie nicht streichen können, ohne unsere eigene Herkunft zu verleugnen.

Das Gerechtigkeitsgefühl, das nach Ihrer und meiner Meinung zum Sozialdemokraten gehört, zwingt mich, das gerade jetzt auszusprechen.

Wenn sich der Sinn des Wortes „Marxist“ im politischen Sprachgebrauch geändert hat, so konnte der Sinn des Wortes „Antimarxist“ nicht derselbe bleiben. Zwar Sie und ich, wir verstehen sehr gut den Unterschied zwischen einem sozialdemokratischen und einem nationalsozialistischen Antimarxisten, ich fürchte aber, Sie überschätzen den Grad der allgemeinen politischen Bildung, wenn Sie Missverständnisse für ausgeschlossen halten.

Ich komme auf unseren gemeinsamen Ausgangspunkt zurück. Wir brauchen „vernünftige Menschen, die nicht neue programmatische Mauern aufrichten, sondern sich über unsere zukünftigen Aufgaben Rechenschaft zu geben versuchen“. Ja, diese vernünftigen Menschen sollen versuchen, sich darüber klar zu werden, wie wir uns das Deutschland, das nach Hitler kommt, vorstellen sollen. Sie sollen versuchen, den ungeheuren Zuwachs an Erfahrungen, der uns seit dem Weltkrieg geworden ist, wissenschaftlich zu erfassen und praktische Folgerungen aus ihm zu ziehen. Marx und Engels haben sich zu ihrer Zeit vor anderen Emigranten dadurch vorteilhaft unterschieden, dass sie nicht nur Redensarten machten und auf Wunder warteten, sondern bedeutende geistige Leistungen vollbrachten, die in die Zukunft hinauswirkten. In dieser Beziehung können sie noch immer uns allen als Vorbilder dienen. Allerdings wird die wissenschaftliche Arbeit, die jetzt im Dienste der Demokratie und des Sozialismus zu leisten ist, weit mehr als die damalige auf die praktische Nutzenanwendung bedacht sein müssen.

Dass ihr das Problem „Diktatur oder Demokratie“ die grössten Schwierigkeiten bereiten wird, glaube ich nicht; denn heute besteht eine weitgehende, Richtungs- und Parteigrenzen überspringende Übereinstimmung darüber, dass staatlicher Zwang nur den Zweck haben soll, die persönliche Freiheit zu schützen oder zu gewinnen, dass also Diktatur, wo sie unvermeidlich wird, nur berechtigt sein kann als Mittel zur Herstellung oder Verteidigung der Demokratie. Auch das dürfte man ziemlich allgemein begriffen haben, dass es eine politische Dummheit ist, die Diktatur einer Klasse zu proklamieren und damit alle, die zu dieser Klasse nicht gehören oder nicht gehören wollen, zum Widerstand herauszufordern.

Also hier liegen nicht die grössten Schwierigkeiten. Es gibt aber eine Unzahl anderer Probleme, die zu diskutieren man noch gar nicht angefangen hat, Fragen des

Verfassungswesens, der Volkswirtschaft, der Aussenpolitik. Hier ist eine einfache Rückkehr zu dem, was in der ersten Republik gewesen ist, ausgeschlossen. Neue Formen werden gefunden werden müssen, die den seither eingetretenen fundamentalen Veränderungen Rechnung tragen.

Lassen wir also die Querellen der Vergangenheit und wenden wir uns entschlossen der Zukunft zu. So bekommt unser Leben wieder Sinn.

In alter Freundschaft
Ihr
F. Stampfer

Wien o. B. Das polizeilich geregelte Menu

„o. B.“ heisst „ohne Beilage“ und war den Wienern bisher ein unbekannter Begriff. Sie haben immer gern und gut gegessen, die Wiener. Kulinarische Witze vom Oesterreicher, der nach Preussen, vom Preussen, der nach Oesterreich reiste und dort mit der Speisekarte in Konflikt geriet, spielten im Wiener Anekdotenschatz eine grosse Rolle. Immer schnitt natürlich der Preusse schlecht ab, immer war er der geschmacklose Allesfresser, und wenn der Wiener eine aus Puddingpulver bereitete, wabblige Süssspeise ansah: „Zittre doch nicht so, ich fress dich ja garnicht!“ dann war damit die ganze Reichshauptstadt gerichtet. Jetzt freilich, jetzt... lassen wir das „Berliner Tageblatt“ vom 18. 11. sprechen:

„Beinflisch o. B., Tellerfleisch o. B. und andere Speisen ohne Beilage sind nun auch auf den Speisekarten der Wiener Gaststätten zu finden. Die polizei-

liche Anordnung über die Abgabe von Speisen verlangt aber, dass von den jeweils geführten verschiedenen Beilagen ein Drittel, mindestens aber zwei, in einer angemessenen Portion bereitgehalten werden und in der Speisekarte zu einem Höchstpreis von 20 Reichspfennig bei einem Schankweinnutzen von 60 Prozent, von 25 Reichspfennig bei einem solchen von 80 Prozent, von 30 Reichspfennig bei einem Schankweinnutzen von 100 Prozent bereitzuhalten sind.

Neben den in Wien beliebten Butterkartoffeln, die auch im Winter mit dem noch wohlgeschmeckenderen Namen „Heurige“ bezeichnet werden, schreibt die amtliche Neuregelung der Speiseabgabe als neu auf der Speisekarte eine Salzkartoffelbeilage im Gewicht von 20 Dekagramm zu einem wieder an den Schankweinnutzen gebundenen Höchstpreis von 15, 20 und 25 Reichspfennig vor und daneben eine Beilage von Röstkartoffeln in einer Menge von 15 Dekagramm zum Preis von 20, 30 und 35 Reichspfennig vor. Gab es bisher in den Gaststätten zu jeder Fleischspeise mit einer Gemüsebeilage auf Verlangen ohne Preiserhöhung Geröstete, wodurch die Beilage den Fachausdruck gemischt erhielt, so kommt die Neueinführung der Salzkartoffel vor allem den Geschmacksansprüchen der Gäste aus dem Altreich entgegen, die diese den Wiener Gastronomen weniger ansprechende Speise stets vermissten. Für die Verabreichung von Butter in Portionen zu 3 und 5 Dekagramm sind auch auf der Grundlage des Schankweinnutzens Höchstpreise von 13 und 21, 15 und 25, 20 und 30 Reichspfennig vorgeschrieben. Käseportionen, die nach der Meinung der polizeilichen Anordnung stellenweise erheblich über den Gaststätten des Altreichs liegen, sind zunächst nicht mit Höchstpreisen bedacht worden, weil die Behörde von den Gaststättenhabern eine Nachkalkulation erwartet.

Der Herrenmensch

Ich, Herr Maier, Blockwart unsrer Gasse,
von Beruf teils Kellner, teils Agent,
bin, wie festgestellt, von reinster Russe
und ein aufbaufrohes Element.

Ich, Herr Maier, habe Wien genommen,
später Böhmen, denn als deutschen Mann —
manchmal wird mir selber ganz beklommen —
geht die Ehre mich direkt was an.

Dafür zahl ich pünktlich meine Spende,
opferfreudig — wie mein Ahnherr war.
Ich, Herr Maier, an der Zeitenwende,
stell den schlichten deutschen Typus dar.

Ich, Herr Maier, hab kein Buch gelesen,
doch ich hab's von je im Blut gespürt,
ich, Herr Maier, zähle zu den Wesen,
denen Herrentum und Macht gebührt.

Hitler rächt mich an den Judenhunden,
denn sie haben Maier'n frech verhöhnt.
Ich verliere dabei vierzehn Kunden,
aber Hunger bin ich längst gewöhnt.

Wir, die Maier's, brauchen Kolonien,
dass man unser herrliches Geschlecht,
sind die Juden erst ins Nichts gespien,
auch noch an den Negervölkern rächt.

Später fressen wir dann alle andern.
Maier's Geist — teils Kellner, teils Agent —
muss von Deutschland um den Erdball wandern,
bis uns nichts mehr von der Weltmacht trennt.

Die Frage der Menus, die es in allen Wiener Gaststätten zu Preisen von 10 Pfennig bis über zwei Mark gibt, wurde nicht neu geordnet, aber einheitlich geregelt.

Die Wiener Speisekarte polizeilich geregelt, der „Verzehr“ unter preussisches Kommando gestellt, die Knödel mit einem „Richt euch!“ zur Ordnung gerufen. Noch nirgends ist soviel über Landessitte und Vätererüber volkliche Besonderheiten und Festhalten am Brauchtum geredet worden wie im Dritten Reich, und noch nirgends hat man eine so öde Gleichmacherei betrieben. Wo der preussische Militärstiefel hintritt, wächst kein nichtpreussisches Gras mehr, und Folkloristik kann — der kommenden einheitlichen Kriegsversorgung wegen — nicht einmal auf der Speisekarte geduldet werden.

Einer!

In Nürnberg ist ein Halunke zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in der Pogromnacht des 9. November bei einem Juden Schmuck und Kleider im Werte von 2.000 Mark gestohlen hat. Die bayrische Presse veröffentlicht das Urteil in grosser Aufmachung, um zu beweisen, dass das Dritte Reich immer noch ein Rechtsstaat ist.

Zum Lachen! Die Welt weiss, dass in jener Nacht der langen Finger Tausende von Dieben mit dem Ruf „Heil Hitler!“ bis Zehntausenden ruhigen Bürgern eingeworfen sind und davongeschleppt haben, was sie nur konnten. Selbst wenn Hitler alle Ehrenmänner, die er ins Zuchthaus gebracht hat — Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Deutschnationalen, katholische und evangelische Geistliche — entliess, er hätte immer noch nicht Platz genug um seine Diebe unterzubringen.

Wie aber ist es mit den Brandstiftern? Das Strafgesetz des Kaiserreichs und der Republik bestrafte Brandstiftung mit Zuchthaus. Das war Hitler nicht genug, er liess von seiner Regierung ein Gesetz beschliessen, wonach Brandstiftung mit dem Tode bestraft wird.

Allerdings sollte auch jenes Gesetz schon Unschuldige treffen und nicht die Schuldigen. Es ist also durchaus in der nationalsozialistischen Ordnung, dass auch die Schuldigen frei herumlaufen.

So wenig eine Schwalbe einen Sommer macht, so wenig macht ein eingesperrter kleiner Dieb aus dem Eldorado der Marktbrenner und Plünderer einen Rechtsstaat.

Polizeiaufsicht

„Na, Karl, noch nicht gewaschen?“ Na, sich man an, der Wilhelm ist schon vom Arbeitsdienst zurück!“ das sind die ersten Worte bei Stagnung, die der Blockwaller in der Blücherstrasse sagt, als ihm am frühen Morgen noch halb verschlafen geöffnet hat. Er kennt jeden einzelnen weiss wann Trudechen die Maseru geholt hat und wann Willy zur Schule geht. Und da werden in einer kleinen Unterhaltung aus 20 Pfennigen 50 und aus zehn Pfennigen 30. Mit ein paar Worten nur zeigt er ihnen das, was der Führer von seinem Volk erwartet hat und mit ein paar Sätzen das, was sie ihm schuldig sind. „Aber man muss sie richtig anpacken“, sagt er... („Preussische Zeitung“ Nr. 240)

Das neue Gottesgnadentum

In der Königsberger Gruppe der Nordischen Gesellschaft hielt Prof. Dr. Kummer einen Vortrag über den „Kampf der Kirche gegen das germanische Volkstum“. Er sprach von der Erweckung des Volkes durch Hitler, von der Gottähnlichkeit des Volkes, er zitierte: „Ein Volk zu sein, ist die einzige Religion unserer Zeit...“ Zum Schluss leistete er sich eine kleine Gotteslästerung („Preussische Zeitung“ Nr. 301): „Das Volk schenkt seinem Führer durch sein Jawort das Gottesgnadentum...“

Sehen wir zunächst einmal ab von dem Dreh, mit dem hier ein neues Gottesgnadentum aus der Taufe gehoben wird und halten wir uns vorerst an die byzantinische Verfassung, die mit der Marke „Volk und Führer“ getrieben wird. Der braune Professor weiss wohl kaum, wie sehr er mit seinen löwendlichen Phrasen die Beziehungen zwischen Diktator und Anhängerschaft im Tiefsten anrührt und verquatscht.

Das Entstehen der inneren Bindungen zwischen faschistischem Führer und Masse exakt darzustellen, ist schon deshalb schwierig, weil sie in jenes Reich des Unterbewusstseins führen, wo sich die Identifizierung zwischen dem Führer und seiner Anhängerschaft vollzieht. Bewegungen des überdimensionalen Führerkults, wie die faschistischen, stellen es gern so dar, als ob der Häuptling kraft seiner Genialität den Anhängerscharen eine neue Seele eingehaucht habe. Das gilt mitunter höchstens für demokratische Bewegungen, deren führende Köpfe durch Argumente wirken, ans Denken appellieren und die geistige Auseinandersetzung mit der Umwelt suchen.

Gerade das jedoch verdammt der Faschismus in Grund und Boden; er fordert Glauben und blinden Gehorsam. Er verbietet seinen Anhängern ernsthafte Diskussionen mit Gegnern; er braucht eine denkmüde, denkfähige, glaubenswillige Masse, die bereit ist, den als ihren Führer anzuerkennen, der von ihr am wenigsten Denken, Logik, Klarheit fordert.

In diesem Sinne stimmt die Auffassung griechischer Philosophen, wonach es die Knechte sind, die den Tyrannen erzeugen, weil sie bereit sind, jenem Demagogen zu folgen, der ihren dumpfsten, dunkelsten Herdeninstinkten am weitesten entgegenkommt. Je tiefer der Führer steht, desto leichter verläuft der gegenseitige Anpassungsprozess; er führt schliesslich dahin, dass sich die Anhängerschaft des Demagogen in ihm ideal symbolisiert sieht. Eine Identifizierung vollzieht sich, mit der die Masse das Bild des Führers, wie es ist oder wie es erscheint, als ihr Ideal-Ich aufnimmt und das Bild mit all ihren Wunschvorstellungen vervollkommen. Was immer er spricht, es erscheint seiner Anhängerschaft als Ausdruck ihres besseren Ichs. Jede Kritik am Führer wird von ihr als Kritik des eigenen Selbst empfunden und abgelehnt. Schon deshalb folgt sie einem inneren Drange, wenn sie sich dem vom Führer geforderten Glauben und Gehorsam blindlings ergibt.

Um dies Phänomen mit Beispielen unserer Zeit zu belegen, braucht man nicht einmal auf Fälle wie Hitler und Mussolini zu verweisen. Ein viel krasseres Exempel war der Fall Henlein. Diesem Vorturner fehlte persönlich all das, was die Erfolge seiner Vorbilder erleichterte: putschistische Vergangenheit, demagogische Beredsamkeit,

hysterischer Aktivismus. Das nordböhmische Kleinbürgertum schuf sich den „Führer“ aus dem Nichts, behängte ihn mit der Gloriole der beiden Vorbilder, vergottete ihn und steigerte sich in hysterische Bausche, wo immer er auftrat. Niemand in dieser Masse fragte auch nur nach dem Schein politischer Talentierung. Das Bedürfnis der Unpolitischen nach dem Wunder gebar in ihnen die Autosuggestion, eine innere Bereitschaft für jegliche Illusion, elementare Voraussetzung aller suggestiven Wirkungen.

Die Jünger des Diktators dichten ihm des besseren Geschaffes wegen gern geheimnisvolle, übernatürliche Kräfte an. Wo immer er sich seinen Scharen zeigt, verfallen sie in den Zustand der Massenhypnose. Er mag reden, was er will — sie jubeln dem tollsten Widersinn zu. In Wirklichkeit ist nicht er der Magnetiseur, sondern seine Massen kommen zu ihm schon in jenem Zustand der Autohypnose, der geboren ist aus Denkmöglichkeit und Verwirrung, aus seelischen und geistigen Erschütterungen, wie sie Krieg, Inflation, Wirtschaftskrise mit sich bringen mussten. In solchen Zeiten können inferiore Abenteurer überhitzte Massenbewegungen von wahnwitziger Führergläubigkeit hervorbringen, und in diesem Sinne ist der Hitlerismus zweifellos Ausdruck eines Teils des deutschen Volkes unter bestimmten sozialen Umständen.

Auf die Dauer jedoch sitzt es sich für den Despoten auf dem Boden der Massenhypnose noch schlechter als auf den Spitzen der Bajonette. Der Führer muss von Erfolg zu Erfolg eilen, soll die Hypnosebereitschaft seiner Scharen nicht der Ernüchterung weichen. Darum der Dynamismus, darum auch das Bedürfnis der

Nutznieser einer Diktatur, dem Oberbegriffen ganz offiziell Gottesgnadentum anzudichten, um ihn samt seinem System der Verantwortung zu entheben. Das heisst Neuhidentum hat den logischen Dreck gefunden: Gott ist das Volk, das Volk hat den Führer gewählt, ergo ist er von Gottesgnaden. Alle Sünden und Verbrechen des Systems fallen aufs Volk zurück.

Aus einem Teil des Volkes machen wir das Volk, aus der NSDAP das nationale Kollektiv der Göttlichkeit. Wer mit dem gross geworden ist, darf zu blaffen nicht ermüden. Immer deutlicher erscheint Hitlers Bild über den Altären der braunen Nationalkirche.

Vom deutschen Idealismus

In Berlin ist das neue Haus des Schillertheaters in Anwesenheit Hitlers eröffnet worden. Heinrich George sprach den ersten Teil des Prologs zur Wallensteintrilogie. Der „Völkische Beobachter“ berichtet:

„Und jeder fühle sich mit Stolz der grösster Mann ja selbst anwesend“ berührt, als George in seiner messianischen Weise jene Verse vortrug, in denen Schiller von einer Zeit sprach, die selbst die Wirklichkeit zur Dichtung werden wird, wo wir den Kampf gewaltigen Turen um ein bedeutend Ziel vor uns sehen.“

Hören wir nicht den „Völkischen Beobachter“, sondern Schiller:

Und jetzt an des Jahrhunderts

Ein aufrechter Gelehrter

Zum Andenken an Heinrich Maier

Vor fünf Jahren ist Heinrich Maier, einer der bedeutendsten Systemphilosophen Deutschlands, gestorben. Sein Werk zu würdigen, ist nicht unsere Absicht; die Zeit hat es mit sich gebracht, dass auch für unsern einig die wissenschaftliche Leistung eine Frage sekundärer Bedeutung gegenüber der anderen geworden ist: wie steht das zum Dritten Reich?

Heinrich Maier hat nur zehn Monate Hitler-Herrlichkeit durchzumachen brauchen, aber in diesem knappen Jahr hat er mehr gegen die Verwilderungspläne der regierenden Wissenschaftsverächter getan als die meisten seiner Kollegen an der Berliner Universität in mehr als fünf Jahren.

Da gab es zuerst den Fall Einstein. Im März 1933 war für den Begründer der Relativitätstheorie zweierlei klar: es ist keine Ehre mehr, dem Volke anzugehören, das sich an einen Hitler gewegworfen hat. Einstein erbat die Streichung seines Namens aus der Staatsbürgerliste. Es ist keine Ehre mehr, der Universität Berlin als Professor anzugehören, nachdem sie ohne Protest die Anpöbelungen der Regierungsvertreter gegen Wissenschaft und freien Forschungsbetrieb hingenommen hat und nachdem ihr ein „Kultusminister“, wie der ungebildete Parteibonze Rust, ungestraft den Befehl erteilt hat, sich „künftig mehr nach dem Geist der marschierenden SA als nach den Scharkeken der Buchgelehrsamkeit zu richten“. Er reichte sein Entlassungsgesuch ein und hat gleichzeitig den Direktor der Akademie der Wissenschaften, seinen Freund Max Planck, ihn auch von den Verpflichtungen eines korrespondierenden Mitglieds dieser Akademie zu entbinden. Universität und Akademie, das muss man schon sagen, haben sich in diesem Falle unwürdig benommen. Sie warfen Einstein, auf das Zeugnis der gleichgeschalteten Presse, vor, dass er in Amerika deutschfeindliche Propaganda getrieben habe und verlangten Rechenschaft. Der Meinungsversagen Universität wie Akademie ihm die erbetene Verabschiedung, um gegen ihn „auf Grund grober Verfehlungen“ die Entlassung auszusprechen. Planck war gegen diese Form des brutalen Hinauswurfs, aber er ist seit Wilhelms Zeiten zu viel Höfling, um behördlichen Entscheidungen, wo es angebracht ist, mit ganzer Autorität entgegenzutreten. Zwei Männer bäumten sich aber doch dagegen auf. Der Nobelpreisträger Schrödinger, ein Physiker von höchstem Rang, erklärte seinen Studenten an dem Tage, da das Urteil von Universität und Akademie gegen Einstein bekanntgegeben wurde, dass er das letzte Mal zu ihnen sprechen werde. Als Schüler, als Freund, vor allem aber als akademischer Lehrer sei er tief betroffen von dem Unrecht, das dem „bedeutendsten Theoretiker der Physik seit Newton“ angetan werde. Planck war auch erschüttert. Die nazistischen Studentenführer, die damals schon über Berufungen und Verabschiedungen von ordentlichen Professoren mitzentscheiden hatten, sagten: „Zwei Juden weniger in Deutschland, was ist schon dabei?“

Heinrich Maier war im Sommersemester 1933 Dekan (Geschäftsführer) der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und als solcher lud er das Professorenkollegium ein zu einer ausserordentlichen Sitzung. Was vorgekommen sei, lasse klar erkennen, was noch alles vorkommen könne. Machthaber seien am Werk und pfuschen in die Wissenschaft hinein. Und das Bedauerlichste sei, dass sich ein Universitätsrat auf Befehl des derzeitigen Ministers bereit gefunden habe, eine Autorität wie Einstein davonzujagen wie einen pflichtvergessenen Oberlehrer. Das mache er nicht mit. Die Solidarität, die Schrödinger bewiesen habe, die werde er auch beweisen und er hoffe denn doch, dass der Geist der „Göttinger Sieben“, die einst einen Monarchen zur Raison gewiesen haben, jetzt angesichts höchster Gefahr für die Wissenschaft selber bei den heutigen Fachvertretern lebendig geblieben sei. Zum Schluss wurde Maier pathetisch. Er erinnerte daran, dass einst Aristoteles seine Heimat verliess, auf dass „Athen sich nicht ein zweites Mal an der Philosophie veründige“, es wäre vermessen, sich dem Aristoteles ebenbürtig zu dünken, aber das Schicksal der Allergrössten, wo es tragisch sei, auf sich zu nehmen, das sei Ehre und Pflicht.

In der Universität Berlin waren solche Oppositionsausserungen noch niemals gefallen. Die Angsthasen erleichteten; ein paar Mutige wie Professor Köhler und der Germanist Lange — inzwischen sind sie längst entlassen worden — stimmten jubelnd zu; die Naziprofessoren schäumten vor Wut. Der Physiker Frank, Pg. seit langem, sprang auf und schrie mit Regimentstrompeterstimme Heinrich Maier „Unerbört!“ zu. Das sei glatt Aufforderung zum Generalstreik. Nun, der Führer habe diesen Methoden in Politik und Wirtschaft ein Ende gemacht; er werde wissen, sie zu unterbinden, wenn sie sich zum Schaden von Staat und Volk im akademischen Lehrbetrieb einzunisten drohen.

Maier liess sich nicht entmutigen. Hochaufgerichtet stand dieser breitschultrige Schwabe da: „Meine Herren Kollegen, hier ist mit Büttelgewalt gedroht worden. Ich als Dekan der Fakultät habe die Ehre der Fachvertreter in Schutz zu nehmen. Ich weise die Drohung des Herrn Professor Frank zurück, und ich mache wahr, was ich angekündigt habe: ich lege die Amtsgeschäfte als Dekan nieder und trete von meinem Lehramt zurück.“

Ein paar Wochen hat Maier keine Vorlesung mehr gehalten. Man bestürmte ihn mit Bitten, mit Zusagen, mit Beschwörungen. Er liess sich durch das Argument seines Freundes Spranger umstimmen; es sei leichter zu resignieren als auszuhalten; die Zeit erfordere mutige Gelehrte, man werde seinesgleichen noch oft im Interesse der Wissenschaft brauchen.

Die Dekanatsbefugnisse nahm Maier nicht mehr an, seine Professur behielt er bei. Wo er konnte, hat er in den Fakultätssitzungen gegen den Einbruch der Barbarei in den akademischen Betrieb gekämpft.

Da trat man, auf Wunsch Hitlers — wir haben den Vorfall schon berichtet — mit dem Antrag an die Fakultät heran, einen Lehrstuhl für Astrologie zu errichten. Maier hat ihn zu Fall gebracht. Da hat man, auf Wunsch von Goebbels, den damals noch für das Dritte Reich schwärmenden Philosophen Heidegger berufen wollen. Maier lehnte sich auf, Heidegger blieb in Freiburg. Da hagelte es Empfehlungen, Aufforderungen, Erlässe vom Kultusministerium, die „rassische Bedingtheit“ der einzelnen Wissenschaften zu erforschen und sie mit Nachdruck im Unterricht zu betonen. Bald kamen Rügen, wegen Vernachlässigung oder Unterlassung dieser Vorschrift. Maier regte an, zu diesem sich ewig wiederholenden Begehren in einer Fakultätssitzung Stellung zu nehmen. Dort machten sich einige Professoren über die rassistisch-bedingte Geographie, Botanik, Mathematik unheimlich lustig und als man wieder ernst geworden war, betraute die Fakultät Heinrich Maier mit der Aufgabe, den Standpunkt der Gelehrten im Kultusministerium zu vertreten.

Rust selbst, der „Kultusminister“, kann sich auf Gespräche von Niveau ebenso wenig wie der „Führer“ einlassen. Er beauftragte seinen Referenten Rudolf Paulsen, Maier in eine Debatte zu verwickeln, und, wenn notwendig, zu bekehren. Die Begegnung war für beide Gesprächspartner etwas peinlich. Rudolf Paulsen ist der Sohn des Philosophen Friedrich Paulsen, der in voriger Generation die Rolle eines „praecceptor Germaniae“ gespielt hat. Maier war Schüler und Freund von Friedrich Paulsen. Nun standen sie in feindlichen Lagern und beide hatten Amtsaufträge zu erledigen, also den anderen sozusagen befehlsmissig weinzukriegen.

Maier setzte Paulsen mit vielen Fragen zu: ob man die Rassenbedingtheit als Methode der Forschung oder als Resultat zu vertreten habe. Im ersten Falle würde die Untersuchung keinen Schritt weiterkommen, und zu behaupten, wissenschaftliche Leistungen seien Rassenmonopole, wäre Annäherung, Unwahrheit und unter den jetzigen Verhältnissen würdelose Schmei-

chelei. Rudolf Paulsen, ehemals ein braver Oberlehrer, dann mit Parteidampf ins Kultusministerium befördert, ist nicht der Mann, um mit Heinrich Maier wissenschaftliche Probleme diskutieren zu können. Es kam daher bald der Moment, in dem der Herr Ministerialreferent sich auf Amtsbefehle berief. Darauf war Maier gefasst gewesen. Er zog sein Notizbuch vor und las: „Es ist seit Jahrhunderten der Stolz aller deutschen Gelehrten gewesen, stets frei nach bestem Wissen und Gewissen forschen zu dürfen und den Studenten zu sagen, was bei dieser Arbeit herausgekommen ist. Ich kann mir nicht denken, dass irgendeine Instanz, sei es Staat, Kirche oder sonst ein Verband, an dieser Grundbedingung des akademischen Berufs je wird rütteln wollen. Geschähe es doch, so wäre die mittelalterliche Finsternis wieder über Deutschland hereingebrochen und für ein solches Deutschland brauchte kein Mann die Hand zur Verteidigung zu erheben.“

Der Nazi Paulsen wusste nicht, dass diese Sätze in dem Werk seines Vaters: „Geschichte des gelehrten Unterrichts“ standen. Für ihn gibt es den „Führer“, und der hat zu befehlen.

Heinrich Maier hat verächtlich, ironisch und zornig bis an sein Lebensende von diesen „leeren Machthabern“, von „diesem Staat brutaler Knebelung“ gesprochen. Vor seinen Freunden, vor Studenten und wer immer ihn hören konnte. Mit einem Fluch auf dieses „stupide System“ ist er am 30. Oktober 1933 gestorben.

Bruno Altmann

Verostung

Die „rassischen Untersuchungen“, die seit einiger Zeit in ganz Deutschland mit besonderer Lebhaftigkeit betrieben werden, scheinen nicht immer zu erfreulichen Ergebnissen zu führen. Ein Dr. Brepohl, der damit beschäftigt ist, die Bevölkerungszusammensetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets eingehend zu erforschen, sagte (laut „Berliner Tageblatt“ vom 12. November) in einem Vortrag vor der „Volkswirtschaftlichen Vereinigung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets“ in Essen:

„Besonderes Interesse beanspruchte hier die Zuwanderung aus dem Osten. Es habe sich ergeben, dass die in das Ruhrgebiet zugewanderten Ostpreussen die Gründung neuer Familien im wesentlichen innerhalb der Landsmannschaft vollzogen. Heute gingen erst etwa die Hälfte der im Ruhrgebiet ansässigen Ostpreussen Ehen mit Westdeutschen ein. Daraus würden sich, so sagte der Redner, volksbiologisch neuartige Kombinationen und Mischungen ergeben, die volkswirtschaftlich und rassistisch bemerkenswert seien. Besonders typisch erscheine diese Entwicklung in den Städten Gelsenkirchen und Duisburg. Man habe dort die Herkunft einer ganzen Werksbelegschaft systematisch untersucht, und die Zusammensetzung der Volksschulen unter diesen Gesichtspunkten geprüft. Ueberall habe sich gezeigt, dass die Ostdeutschen infolge ihrer weit höheren Kinderzahl im Volksganzen immer stärker hervortreten. In vielen Schulklassen habe mehr als die Hälfte aller Kinder ihre Grosseltern in Ostpreussen. Der Volkskörper an der Ruhr, das ist das Ergebnis dieser interessanten Untersuchungen, werde immer „ostdeutscher“.

Es handelt sich hier also offensichtlich

Wo esse ich wie zu Hause?

RESTAURANT
Austro-Hongrois

17, rue Poissonnière, 17
MÉTRO : BONNE-NOUVELLE

Bes.: Turl Weiss-Leop. Hirsch

1 Mal Gast - Stammgast

Wo selbst die Wirklichkeit zur Dichtung wird,
Wo wir den Kampf gewaltiger Naturen
Um ein bedeutend Ziel vor Auge sehn,
Und um der Menschheit grosse Gegenstände,
Um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen...

Wer zweifelt, dass Schiller auf der Seite der Freiheit stand, und dass es einer schamlosen, von einem servilen Speichel-lecker ausgeführten Fälschung des Geistes Schillers gleichkommt, diesen Prolog zu einer Verherrlichung des „grössten Mannes der Gegenwart“ zu benutzen? Der Fälscher musste indessen vorsichtig sein, er hat darum die zweite Hälfte des Prologs unerschlagen, und er wusste warum. Denn wer von den Zuhörern hätte nicht an den „grössten Mann der Gegenwart“ gedacht, wenn er gehört hätte:

Sechzehn Jahre der Verwüstung,
Des Raubs, des Elends sind dahingeflohen,
In trüben Massen gäret noch die Welt,
Und keine Friedenshoffnung strahlt von Ferne.

Ein Tummelplatz von Waffen ist das Reich,
Verdölet sind die Städte, Gewerb' und
Kunstfleiss liegen nieder,

Der Bürger gilt nichts mehr, der Krieger alles,
Stroflöse Frechheit spricht den Sitten
Hohn...

Auf diesen finstern Zeitgrund malet sich,
Ein Unternehmen kühnen Uebermuts
Und ein verwegener Charakter ab,
Ihr kennet ihn — den Schöpfer kühner
Heere,

Des Lagers Abgott und der Länder Geisel...
Des Glückes abenteuerlichen Sohn,
Der von der Zeitgunst emporgetragen,
Der Ehre höchste Staffeln rasch erstieg
Und ungesättigt immer weiterstrebend
Der unbezähmten Ehrsucht Opfer fiel...

Denn seine Macht ist, die sein Herz verführt,
Sein Lager nur erklärt sein Verbrechen.

So wagte er seinen Führer denn doch nicht anzureden! Er schloss mit dem ersten Teil, und dann spielten sie „Kabale und Liebe“. „Da wurde“ — so lesen wir wieder im „Völkischen Beobachter“, „der Idealismus auf der Bühne lebendig, der derselbe ist, der Deutschland gross gemacht hat“. Und in der Führerloge sass der Präsident und sein Wurm, auf den Rängen und im Parkett die Nachkommen der Kalbs, und der Wurms, die „Kadaver der Gemeinheit“, die jeden tötlichen lassen, der es wagt, in Deutschland ein Idealist wahrhaft zu sein, und die deshalb Deutschland, das einst gross war, wieder klein machen werden.

Win Schweizer:

Der ausgezeichnete Redakteur der Baseler „National-Zeitung“, Dr. Hans Bauer, hat im Radio Beromünster sieben Vorträge gehalten, die er nun unter dem Titel „Warum Krieg?“ im Europa-Verlag, Zürich, erscheinen lässt. Er bekennt sich mit glänzender Begründung als Feind des Krieges, aber nicht als Anhänger des Friedens um jeden Preis. „Der Räuber greift an, der Bürger verteidigt sich“. So predigt er stolz den Patriotismus des Schweizervolkes, weil sein Vaterland „die Verkörperung einer Idee, eines Staatsgedankens ist, das in voller Freiheit eine grosse Mannigfaltigkeit von Lebenswerten zu kraftvoller Einheit verbindet“.

Dem Leser, der kein Schweizer ist, fällt beim Lesen dieser Zeilen seine erzwungene

Vaterlandslosigkeit doppelt schwer aufs Herz. Grosse Mannigfaltigkeit in voller Freiheit zu verbinden, ist die Idee der Schweiz. Und die Idee Deutschlands?

Bis vor wenigen Jahren noch war die Idee Deutschlands eine ähnliche wie die der Schweiz. Heute gilt diese Idee als Hoch- und Landesverrat. Versuchte Hans Bauer ein paar Kilometer von seinem Wohnort entfernt, sie zu vertreten, so wäre ihm dafür ein grausames Ende im Zuchthaus oder im Konzentrationslager gewiss. Hunderte sind erschlagen worden wie die Ratten, tausende und abertausende schmachten in Zellen und Bunkern nur deshalb, weil sie — vielleicht mit weniger Gelehrsamkeit und Sprachgewalt, aber mit der gleichen Hingabe — dieselben Gedanken verkündeten wie Hans Bauer. Man muss dieses von edler Menschlichkeit durchtränkte Buch lesen, und muss sich dabei vorstellen, was in Deutschland Menschen geschieht, die für seine Gedanken werben wollen, um einen wahren Begriff davon zu haben, was aus dieser Welt geworden ist! Und dann wird man auch begreifen, dass unser Erdteil nicht aufhören wird, eine Hölle zu sein, solange nicht alle Menschen deutscher Muttersprache in demselben Geiste, in dem Hans Bauer von „Uns Schweizern“ spricht, auch von „uns Deutschen“ werden reden können.

Frenssen schreibt Geschichte

Auch Gustav Frenssen hat sich im Dritten Reich gut eingerichtet und dem Blutmythos seine Reverenz erwiesen. Dafür wird er von den Nazis auch estimiert. Hitler verlieh ihm die Goethe-Medaille. Goethe

und Hilligenlei! Nun hat er auch eine deutsche Geschichte geschrieben. Darin schien es ihm — wie die „Preussische Zeitung“ sagt — vor allem wesentlich, „die Wirkung der grossen verhängnisvollen geistigen Einbrüche — Christentum, römisches Denken, Liberalismus, Marxismus — auf die Entwicklung unseres Volkes aufzuzeigen...“

Aber eins wird der „ernste, grüblerische Dithmarsche“ in dem Buche unterschlagen haben: die strammen Bekenntnisse zu Republik und Demokratie, die er einst ablegte.

Dem deutschen Spiesser

„Eine interessante Neueinrichtung ist der „Selbstgruss“. Jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr wird im Münchner Rundfunkhaus eine Schallplatten-Schneideanlage bereitgehalten. In dieser Zeit kann jeder im Rundfunkhaus eine Schallplatte von einer Minute Dauer selbst besprechen und bestimmen, in welchem der folgenden Wunschkonzerte sie gesendet werden soll. Auf diese Weise kann also der Spender nicht nur seine Grusse selbst durchsagen, sondern auch bei der Sendung dann sein eigener Zuhörer sein. Der Selbstgruss erfordert allerdings eine Spende von mindestens 200 RM für das WHW. Dafür aber hat der Spender das seltene und eigenartige Erlebnis, zu Hause am Lautsprecher zu sitzen und seiner eigenen Rundfunkansprache zu lauschen.“

Deutsche Zeitungsmeldung.

Nach einem Bericht des Nationalsozialistischen Lehrerbundes wird kein Lehrer mehr an einer deutscher Schule Religionsunterricht erteilen.

nicht um eine „Aufordnung“, sondern um das, was die deutschen Rasseforscher geringschätzig als „Verostung“ abzulehnen pflegen. Man wird Gesetze gegen west-östliche Mischehen erlassen und alle osischen Grossmütter unter scharfe Beobachtung stellen müssen.

Um die Futterkrippe

Die deutschen Zeitungen melden: „In einem Runderlass zur Aufstellung des Reichshaushalts für 1939 weist der Reichsfinanzminister auf die eingetretene **bedenkliche Erhöhung der Personalausgaben hin**. Die Zahl der vorhandenen Planstellen sei **zahlenmässig erschreckend gestiegen**. Innerhalb der Gesamtzahl der Planstellen hat sich der Anteil der **Beförderungsstellen ebenfalls bedenklich**

vermehrte. Als Grund für eine erstrebte Umkehr auf diesem Wege bezeichnet der Reichsfinanzminister das Bedürfnis nach grösserer Menschenökonomie in einer Periode zunehmender Menschenverknappung, das Bedürfnis der Entlastung des Steuerzahlers und das Bedürfnis, die öffentlichen Gelder für dringliche Sachaufgaben zu verwenden.

Aber die Ersten an der Futterkrippe haben nichts zu fürchten:

„Der Weg zu diesem Ziel soll aber nicht in einem Personalabbau, sondern in einem Stellenabbau liegen, der zugleich dazu nötigen wird, unproduktive und verzögernde Ueberorganisationen zu beseitigen. Die Verringerung des Gesamtbesoldungsaufwandes sei unerlässliche Vorbedingung für eine allmähliche Herstellung des Gleichgewichts zwischen der Einkommensentwicklung der gesamten Nation einerseits und der Beamtenbesol-

derung andererseits. Personalvermehrung und Stellenumwandlungen aus Anlass der Eingliederung Oesterreichs und des sudetendeutschen Gebietes sollen auf das sachlich unbedingt gebotene Mass beschränkt werden.“

Die neu eroberten Gebiete sollen also mit einem Beamtenslab beglückt werden, der sich aus siegreichen Preussen zusammensetzt.

Verdächtige Pferde

„Der Reichsführer und Chef der deutschen Polizei hat angeordnet, dass bei der Jahrgangskennzeichnung der Dienstpferde der berittenen Ordnungspolizei nur Namensbezeichnungen deutschen Ursprungs zu verwenden sind. Die Umbenennung der Dienstpferde, die einen im Wider-

spruch zu dieser Vorschrift stehenden Namen führen, ist sofort vorzunehmen.“

(„Berliner Tageblatt“ v. 9. 11.)

„Eine Handvoll Gewalt ist besser als ein Sack voll Recht.“

(Als „Rechtsspruchwort mit Gegenwartsbeziehung zum Völkerrecht“ zitiert in der „Justiz“ 1935, Seite 475.)

„Unsere auswärtigen Wirtschaftspartner wissen genau, dass es keinen anständigeren und ehrlicheren Kaufmann gibt als den deutschen, und keine Regierung, die ihr Wort mehr einhält, als die deutsche.“ (Norbert Mühlens, „Stuttgarter N. S. Kurier“, 5. Juni 1938.)

wir empfehlen:

Alle: Alte wird neu!
 ACHTUNG! Keine getragene Anzüge wegwerfen!
DER GUTBEKANNTE SCHNEIDER GOTHARD
 23, Rue Clauzel - PARIS (9^e)
 Tel.: TRU 03-37
 ändert, wendet und repariert jedes Kleidungsstück von alt auf neu zu billigsten Preisen. — Auf Wunsch erfolgt Abholung

Französin, deutschsprechend, erteilt Französisch Unterricht f. Anfänger und Konversation — Kinder und Erwachsene
Mme Manga-Bell, 86, r. Oliv. de Serres (15^e)

Anwälte

Dr. Ludwig B. Schlesinger
 Land- und Amtsgerichtsrat a. D.
 Licencié en Droit de la Faculté de Paris
 Sprechst. von 10-12 u. auf Vereinbarung
 Tel.: Central 23-62
 15, RUE JEAN-JACQUES-ROUSSEAU, 15
 PARIS-1^{er} — Métro: Palais Royal et Halles

Bureau Juridique International
Dr. Eugène FELDMANN
 Licencié en droit de la Faculté de Paris
 Docteur en droit de la Faculté d'Oxford
 Alle Prozesse, Verwaltungs-, Finanzangelegenheiten in allen Ländern
 In ständ. Fühlung m. hervorrag. in Paris befindl. Wien, Anwalt, insbes. f. Fragen d. ab. 1. Aug. gelt. neuen Eherechten, Reichsfluchtsteuer, Vermoeg.-Anmeld. etc.
 47, Rue Rocher Paris
 Tel.: LAB. 13-01
 Sprechst. von 10-12 und 4-8 Uhr.

FRANZOESISCH - DEUTSCHES ANWALTSBUERO
Dr. F. HIRSCHLER
 (früher MANNHEIM)
 in Zusammenarbeit mit französischem Cabinet
 40, rue d'Artois (Nähe Etoile) Ely. 77-94

Dr. jur. MAX GOLDBERG
 PARIS
 of Lincoln's Inn, London — RICHTSANWALT
 früher am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg — Licencié en droit de la Faculté de Paris
 116bis, Avenue des Champs-Élysées VIII^e
 Téléphone: ELYSÉES 78-16 Von 9-6 Uhr
 INTERNATIONALES WANDERUNGS- UND FREMDENRECHT

CABINET JURIDIQUE
Dr. jur. LEOPOLD KATZ
 (früher Rechtsanwalt am Landgericht Giessen)
 in Zusammenarbeit mit franz. Advokat
 2, Rue Félix-Hugonnet (20^e), Did. 82-47
 Métro: NATION oder PORTE DE VINCENNES

CABINET JURIDIQUE
Dr. jur. TH. TICHAUER
 fröhl. Rechtsanwalt u. Notar in Berlin
 103 bis, rue Nollet, Paris-17^e. Tel. Mar. 64-02
 Besprechung nach telefonischer Vereinbarung.

Verkäufe
Nähmaschinen
 ELEKTR. MOTOREN, ELEKTR. SCHEREN UND SCHNEIDMASCHINEN, ALLE ZUBEHÖRE U. TEILE, REPARATUREN PROMPT UND BILLIG.
 «ETWA», 66, Bd. de Belleville - PARIS (20^e)
 Téléphone: OBE 13-97 Métro: Couronne.

LIBRAIRIE INTERNATIONALE
 59, RUE MESLAY — PARIS (3^e)
 ARC. 35-11. Métro: Républ., Straab. St-Denis
DEUTSCHE LEHMBIBLIOTHEK
 Neu: MARXISTISCHE ABTEILUNG
 BUECHER - ZEITUNGEN PAPETERIE

MARTIN Gosman
 Drucksachen
 Bürobedarf
 Schreibmaschinen
 35, RUE DE DANTZIG, PARIS-XV
 TÉLÉPHONE: LECOURBE 85-43

SCHREIBMASCHINEN OSNER
 ALLER SYSTEME
 Ersatzteile und Bürobedarf
 5, Rue Mayran PARIS (IX^e)
 Tel. TRUD 62-28

Das CHINASEIDENE HEMD
M. Golzmann
 1, Bd. HAUSSMANN
 Spezialist in Hemden u. Pyjamas, Wiener-Schnitt engl. Popeline chin. Seide
 Lager und nach Mass ab Frs. 49.—
 — Beste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer —

BLUMEN
 Sträuße, Körbe, Kränze etc. auf Bestellung
A. SLABIAK Diplom. Blumenbinder der Leipziger Akademie
 29, rue Vieille-du-Temple — PARIS (4^e)
 Métro: Hôtel de Ville — Téléphone: ARG. 41-50
 Messige Preise

RADIO-SPECIALIST
 T.S.F. Neuanschaff., Elektroarbeiten, sämtliche Reparaturen, Umbau für hiesige Stromart — — — STAUBSAUGER-MOTORE
KLEIN, 88, rue Fbg. Poissonnière - Paris (10^e)
 Téléphone: TRU 62-45

Bureau MULLER
 Uebersetzungen, Schreibmasch.-Arbeiten
 Vervielfältigungen - Photokopie
 Reproduction von Passen und Dokumenten für Konsulate
 5, rue Mayran — Téléphone: TRU 62-45

SCHREIBMASCHINEN-ARBEITEN
 Vervielfältigungen Uebersetzungen
PETERSEN
 41, rue Le Marois, PARIS (16^e)
 TÉLÉPHONE: AUTÉUIL 82-74

STENOTYPISTIN Vertretung, Diktat stundenweise. GRAVE, 96, Cours de Vincennes Paris (12^e) — DID. 97-93.

Käufe
AM MEISTEN und am schnellsten **ZAHLT** Ihnen für **GOLD**, JUWELN UND SCHMUCKSACHEN ALLER ART
BERNARD
 5, rue Godot de Mauroy Nähe Madeleine

ANKAUF von Gold, Brillanten, Silber, Goldwägen, Uhren, Münzen zu **Höchstpreisen**
S-té d'Horlogerie Franco - Suisse
 23, Bd d. Capucines vis-à-vis Café de la Paix u. 49, Fbg. Montmartre — Tel.: Ope 41-39
 REPARATUREN — UMARBEITUNGEN VON SCHMUCK UND UHREN
 Auslösung von Pfandscheinen gratis
 Tägl. günst. Occasionsverk. — Man spricht deutsch

KAUFE BRIEFMARKEN (Sammlungen, Lots Korrespondenzen).
 F. AUERBACH, 27, rue Paul Lelong, Paris (2^e)

Die Kleinen Treffer!
 FRANZOESISCHE STUNDEN gibt franz. Student (Sorbonne). Billigste Preise. Zu schreiben: Léon Zaccoutine, 40, rue des Boulangers, Paris 5^e.

Emigrant, der sich durch BRIEFMARKEN-HANDEL kl. Existenz schaffen will, erbietet Zusage gebrauchter Marken gegen Portierleistung. Auch zu Tausch bereit. Zusendungen an KK. 13 Expedition „Neuer Vorwärts“.

Ärzte
DEUTSCHER SPECIALARZT
 GESCHLECHTSKRANKHEITEN
 Garantierte Heilung
 57, rue de Cléchy - PARIS (9^e)
 Täglich von 5 — 8 Uhr abends

ZAHNÄRZTLICHES CABINET
 Chr.-Dentiste de la Faculté de Médecine de Paris
 Spez.: Porzellanarbeiten u. Kronen (naturgetreu wie eigene Zähne). Alle anderen Arbeiten nach dem neuesten System. Schonendste Zahnbehandlung.
 Sprechstunden: Dienstag, Donnerstag u. Freitag von 2-7 Uhr oder andere Zeit auf Vereinbarung.
 Alle Krankenkassen
 17, rue de Lancry - PARIS (10^e)
 Métro: Lancry-République TEL. DOT. 28-98

D' MISES Spezialarzt
 für Frauenkrankheiten u. Geburtshilfe
 19, av. de la Porte-Brunet, PARIS (19^e)
 Téléphone: BOT 28-68
 Sprechst.: 1-4 u. 6-9 sowie auf Vereinbarung
 Man spricht deutsch!

Dr. Philippe CZACZKES
 Ehemaliger Sanatoriums-Chefarzt
 5, av. d'Eylau, PARIS-16^e
 Téléphone: PASEY 47-57
 empfangt täglich von 2-4 Uhr
 Innere u. Frauenkrankheiten, prakt. Arzt
 Man spricht deutsch!

Bezugspreise
 Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1.50 Frs. (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs. Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern):
 Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Mörö (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1.40 (18.—), Danzig Gold 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg Lux. Frs. 1.50 (18.—), Norw. Kr. 0.35 (4.20), Palästina P. Pl. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.30 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: **Frankreich:** „Neuer Vorwärts“ Paris. Paris C. c. 88 504. **Tschechoslowakei:** „Neuer Vorwärts“ Paris. Prag 46 149. **Polen:** „Neuer Vorwärts“ Paris. Warschau 194 707. **Schweiz:** „Neuer Vorwärts“ Paris. Zürich Nr. VIII 14 697. **Rumänien:** Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. **Ungarn:** Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karisbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. **Jugoslawien:** Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.